Für Einigkeit, Demokratie und Humanismus!

Freundschaft

Deutsche Tageszeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

Dienstag,
20. November 1990
Nr. 220 (6 348)
25. Jahrgang
3 Kopeken

Informationsmitteilung

über die Sitzungen des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR

Am 16. November verliefen die Vor- und Nachmittagssitzungen des Parlaments unter dem Vorsitz des Stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets der Republik **S. A. Abdildin.** Nach artikelweiser Erörterung nahm der Oberste Sowjet das Bodengesetzbuch der Kasachischen SSR als Ganzes an.

Danach begannen die Deputierten mit der Erörterung des Gesetzentwurfs „Über die Verstärkung der Verantwortung für eigenmächtige Besitzergreifung von Häusern, Wohnungen, Landhäusern und anderen Räumen sowie für eigenmächtige Aneignung von Boden und eigenmächtiges Bauen". Den Bericht darüber erstattete der Stellvertretende Vorsitzende des Komitees für Fragen der Gesetzgebung, Gesetzlichkeit und Rechtsordnung des Obersten Sowjets Deputierte **N. A. Woronko.**

An den Debatten beteiligten sich die Deputierten: **J. D. Gortschak, D. D. Paull, E. K. Kusmik, U. A. Sholdasbekow, S. S. Simanow, L. A. Artjuschenko, A. F. Koslow, W. M. Tretjakow, S. T. Patschin, I. M. Issergepow, T. K. Rachypbekow** und **W. I. Woronow.**

Es wurde beschlossen, die Erörterung des Gesetzentwurfs auf den folgenden Plenarsitzungen fortzusetzen.

Der 17. November war der Tag der Arbeit der Komitees und Kommissionen des Obersten Sowjets.

Dem Kongreß der Deutschen der UdSSR entgegen

Unser Recht auf engere Heimat

Am 13. November fand in Moskau die ordentliche Sitzung des Organisationskomitees zur Vorbereitung und Durchführung des Kongresses der UdSSR-Deutschen statt

Besitzen die Deutschen in der UdSSR das Recht auf ihre engere Heimat! Theoretisch ja, aber praktisch!! Eine rhetorische Frage.

Was tun! Wie ist die engere Heimat zurückzubekommen! Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Diskussionen in der Sitzung des Organisationskomitees zur Vorbereitung und Durchführung des Kongresses der UdSSR-Deutschen, die am 13. November unter dem Vorsitz von Professor Boris Rauschenbach stattgefunden hatte. Die daran Beteiligten erörterten eine Reihe von Dokumenten, die von der Arbeitsgruppe des Organisationskomitees ausgearbeitet worden waren. Darunter die Entwürfe der „Deklaration des I. Kongresses der UdSSR-Deutschen" und der „Bestimmung über die nationale Selbstverwaltung der Deutschen in der UdSSR" sowie den Entwurf des Beschlusses des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die staatlichen Garantien für Selbstverwaltung und nationale Wiedergeburt der Deutschen in der UdSSR".

Es ist vorgeschlagen worden, die empfohlenen Projekte nach der Ausarbeitung aller während der Aussprache geäußerten Bemerkungen in der deutschsprachigen Presse abzudrucken, und die Leser zur Diskussion aufzufordern, damit das Organisationskomitee bei seiner weiteren Arbeit alle Meinungen berücksichtigen könnte.

Das Organisationskomitee erörterte auch die Frage über die Verlegung der Fristen der Durchführung des Kongresses. Es ist vorgeschlagen worden, das Forum der Deutschen der UdSSR Mitte März abzuhalten. Die Entscheidung über die Vertagung ist unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten bei der Vorbereitung von entsprechenden Dokumenten, die in vielem die Zukunft der Deutschen in der UdSSR beeinflussen sollen, der Unzulänglichkeiten, die mit der Finanzierung des Kongresses verbunden sind, getroffen worden.

Die Mitglieder des Organisationskomitees sind sich einig geworden, daß der vorgesehene Kongreß zum einmaligen Ereignis im Leben der Deutschen in der UdSSR werden und man sich darauf gründlich und „vollausgerüstet" vorbereiten soll.

Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß man möglichst schneller Kontakte mit der russischsprachigen Bevölkerung, die auf dem Territorium der ehemaligen Wolgadeutschen Republik wohnhaft ist, aufnehmen solle.

Es ist vorgesehen, die nächste Sitzung des Organisationskomitees in Moskau am 3—4. Dezember durchzuführen.

Theodor BECKER

Auf den Bildern: Am Rednerpult Heinrich Martens, Mitglied der Arbeitsgruppe des Organisationskomitees; Abstimmung der Dokumente.
Fotos: Verfasser

Zur Veröffentlichung des Entwurfs des Statuts der Kommunistischen Partei Kasachstans

Der Entwurf des Statuts der Kommunistischen Partei Kasachstans, der in der Presse veröffentlicht wird, ist von der Kommission des Zentralkomitees gemäß dem Auftrag des II. Plenums des ZK ausgearbeitet und als Grundlage für die Erörterung vom Politbüro des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans angenommen worden.

Auf den Programmen und statutenmäßigen Grundsätzen der KPdSU beruhend, ergänzt und entwickelt das Statut sie weiter mit Berücksichtigung der Besonderheiten, unter denen die Republikparteiorganisation heute wirkt.

Die Gebiets-, Stadt- und Rayonparteikomitees, die Parteigrundorganisationen werden aufgefordert, eine Erörterung der Leitsätze des Entwurfs zu gewährleisten, die zweifellos von gesellschaftlichem Interesse sein und die sachliche Kritik und konstruktive Vorschläge der Kommunisten und Parteilosen fördern wird.

Die Vorschläge, Bemerkungen und Ergänzungen zum Entwurf werden unmittelbar vom ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, von den Parteikomitees der Republik und in der Parteipresse erörtert werden.

Aufgaben, die ihrer Lösung harren

M. S. Gorbatschow sprach im Obersten Sowjet der UdSSR zur Lage im Land

Entschlossenheit und Abtrennung der Vollmachten zwischen den Machtbereichen verschiedener Ebenen und baldigstmöglicher Abschluß eines neuen Unionsvertrages — so formulierte UdSSR-Präsident M. S. Gorbatschow die Aufgaben, die vor dem Land stehen.

In seinem Bericht vor dem Obersten Sowjet der UdSSR zur Lage im Lande erklärte M. S. Gorbatschow, daß er die Besorgnis der Parlamentsabgeordneten über die Komplizierung der wirtschaftlichen und politischen Situation im Lande, darunter auch über die zwischennationalen Konflikte, teilt, und betonte, daß er einen Ausweg aus der Krisensituation in der UdSSR nicht auf dem Wege der Konfrontation, sondern auf dem Wege der Konsolidierung aller gesunden Kräfte sieht, die die Perestroika unterstützen.

M. S. Gorbatschow wies die an die Adresse des Unionszentrums gerichteten Beschuldigungen kategorisch zurück, dieses habe angeblich keinen Plan für die Überwindung der Krise. „Ein konkretes Programm ist vorhanden, und dieses muß erfüllt werden", betonte er.

Der UdSSR-Präsident ging ausführlich auf Fragen der sozialökonomischen Lage des Landes ein, darunter bei der Vorbereitung der Volkswirtschaft zum Winter. Er kritisierte scharf die „in Umlauf gesetzten Spekulationen von der heranrückenden Hungersnot und Kälte" und teilte mit, daß Lebensmittel im Lande ausgehend von den realen Bedürfnissen akkumuliert worden sind. Eingeleitet würden Maßnahmen auch im Bereich des Lebensmittelimports.

Auf die politische Seite im Lande eingehend, verwies M. S. Gorbatschow auf einen „Druck der destruktiven Kräfte, die der Konsolidierung der Gesellschaft und der Überwindung der Krise im Lande im Wege stehen". Nach seinen Worten ist ein regelrechter Kampf um die Macht im Gange, für deren Teilnehmer alle Mittel gut seien. „Unternommen werden erbitterte Versuche", die Staatsmachtorgane zu „diskreditieren".

Nach Meinung des UdSSR-Präsidenten ist die Herstellung von Barrieren auf dem Weg des Stroms von Waren und materiellen Werten durch Republiken und Regionen nicht zulässig, weil „sie sich destruktiv auf den Unionsmarkt auswirken".

M. S. Gorbatschow ging auf Probleme der Bildung eines Unionsmarktes ein und kritisierte offene oder geheime Verbote für den Abschluß von Verträgen außerhalb der Republiken, die von einigen dieser Republiken beschlossen wurden. „Ist denn das für das Unternehmertum, für die Bekundung der Initiative, für die Wirtschaftsfreiheit, darunter auch auf dem Gebiet der freien Wahl von Partnern, förderlich?" fragte er. „Wenn es so weiter läuft, so kann dies zu einem schlimmeren Diktat für die Betriebe führen, als bisher. Und daran erinnern jetzt immer öfter die Wirtschaftsleiter."

M. S. Gorbatschow ging auf die Ergebnisse seines jüngsten Treffens mit dem russischen Parlamentschef B. N. Jelzin ein und äußerte sich verwundert, daß dessen Ergebnisse „wie ultimative Verhandlungen, beinahe wie ein Kapitulationsakt dargelegt werden". Im Mittelpunkt der Diskussion standen Fragen der Erarbeitung und des Abschlusses eines neuen Unionsvetrages, im selben Kontext wurde das Problem der Abgrenzung der Vollmachten behandelt. Darüber hinaus sei auch eine Reorganisierung der Machtstruktur erörtert worden.

Zu dem Vorschlag Boris Jelzins, eine Koalitionsregierung zu bilden, sagte M. S. Gorbatschow, ein solches Herangehen sei nur dann möglich, wenn es auf allen Ebenen, darunter auch auf der Ebene von Republiken, eingehalten wird.

Zum Thema Machtkrise, die in letzter Zeit oft diskutiert wird, äußerte M. S. Gorbatschow die Meinung, daß diese in bedeutendem Maße davon bedingt ist, daß eine klare Abgrenzung der Vollmachten der Union und der Republiken, der Macht im Zentrum und an der Basis fehlt. Bei den Menschen „wächst die Überzeugung von der Notwendigkeit eines möglichst baldigen Abschlusses eines neuen Unionsvertrages", unterstrich er. Eine baldige Unterzeichnung des Vertrages könnte die politische Situation normalisieren und die Möglichkeit bieten, die Probleme der Stabilisierung der Wirtschaft und des Übergangs zum Markt abgestimmt zu regeln.

Noch vor der Unterzeichnung des Vertrages soll nach Ansicht M. S. Gorbatschows ein Herangehen erarbeitet werden, „das ein effektives Funktionieren des gesamten Machtsystems in der Übergangsperiode sichern würde". Ein solches Herangehen sollte „einerseits eine bedingungslose Anerkennung und Einhaltung der geltenden Verfassung", andererseits „die Realisierung der legitimen Interessen der Unionsrepubliken" beinhalten, was auch eine Veränderung der Machtstrukturen verlangen würde.

M. S. Gorbatschow schlug dem Obersten Sowjet der UdSSR vor, den Obersten Sowjets der Republiken vorzuschlagen, bis zum Abschluß eines neuen Unionsvertrages ein Moratorium über die Beschlüsse zu verhängen, die einen Streit über die Vollmachtsbereiche hervorrufen könnten. „Widrigenfalls werden wir lahmgelegt und werden diese Paralyse auch nicht überwinden können", betonte er.

Auf die Struktur der Unionsregierung eingehend, sagte der Präsident, daß sie noch vor dem Abschluß des Vertrages verändert werden muß. Dafür muß man unter anderem überholte, eindeutig unnötige Strukturen aufheben, die Arbeit an der Bildung neuer Elemente abschließen, die für den Übergang zum Markt notwendig sind. All das muß mit einer Erneuerung ihrer Zusammensetzung einhergehen. „Wir brauchen eine Regierung, die eine umfassende soziale Basis haben würde", betonte M. S. Gorbatschow. „Ohne Volksvertrauen wäre es schwierig, wenn überhaupt möglich, die Politik der Überwindung der Krise zu realisieren", unterstrich er.

Der Abschluß eines neuen Unionsvertrages wird nicht nur von inneren, sondern auch von internationalen Motiven diktiert, betonte M. S. Gorbatschow. „Die Rolle der UdSSR in der Welt und ihre Verantwortung für den Verlauf der internationalen Entwicklung ist außerordentlich groß, und wir können uns mit den Versuchen der Separatisten nicht abfinden, die Union in ein formloses Gebilde umzuwandeln, das keinen einheitlichen Willen hat, oder diese sogar zu zerstückeln." Der sowjetische Staatschef verwies auch auf die wirtschaftliche Seite des Problems. Heute, „in dieser komplizierten Periode des Übergangs zum Markt, sind viele Länder, Finanz- und Geschäftskreise bereit, uns Unterstützung zu leisten".

Zum außenpolitischen Kurs des Landes sagte M. S. Gorbatschow, daß er als Präsident einen Kurs repräsentieren wird, „der vom Kongreß der Volksdeputierten, vom Obersten Sowjet gebilligt worden ist und von uns all diese Jahre der Umgestaltung konsequent durchgesetzt und bereits beträchtliche positive Ergebnisse gebracht hat".

M. S. Gorbatschow stellte fest, daß er in den nächsten Tagen zum 2. KSZE-Gipfel nach Frankreich reist, und bezeichnete dieses Treffen als „einen markanten Meilenstein in der Geschichte unseres Kontinents". Wie er mitteilte, sollten dabei drei überaus wichtige Dokumente unterzeichnet werden: ein Vertrag über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa, eine Nichtangriffsdeklaration zwischen den Ländern der NATO und des Warschauer Vertrages, und ein spezielles Dokument, das die Hauptrichtungen des gesamteuropäischen Prozesses enthalten soll.

(TASS)

KOMMUNISTISCHE PARTEI DER SOWJETUNION

STATUT

ENTWURF

DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI KASACHSTANS

Die Kommunistische Partei Kasachstans ist eine politische Organisation, die auf freiwilliger Grundlage Bürger der Kasachischen SSR vereint und im Bestand der KPdSU auf Prinzipien der Selbstverwaltung gemäß der Verfassung der UdSSR und der Verfassung der Kasachischen SSR tätig wird. Sie geht in ihrer Tätigkeit von den kommunistischen Idealen, von der schöpferischen Entwicklung des Nachlasses von Marx, Engels und Lenin, von der Errungenschaften des fortschrittlichen gesellschaftlichen Denkens, von den Besonderheiten der nationalstaatlichen, sozialökonomischen und kulturellen Entwicklung der Republik aus und setzt es sich zum Ziel, eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen, in der soziale Gerechtigkeit, die Vorrangstellung das gesamte Volk umfassender und allgemein menschlicher Werte, die Prinzipien des Internationalismus tatsächlich gewährleistet werden.

Die Kommunistische Partei der Republik gestaltet ihr innerparteiliches Leben und ihre Tätigkeit auf der Grundlage eigenes Programms und Normativdokumente, die auf der Basis der grundlegenden Programm- und statutenmäßiger Prinzipien der KPdSU ausgearbeitet werden. Sie bringt die Interessen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Intelligenz und anderer sozialer Schichten, die der sozialistischen Option ergeben sind, zum Ausdruck, setzt sich für die Interessen des multinationalen Volkes Kasachstans ein und ist zur Zusammenarbeit mit allen gesellschaftspolitischen Bewegungen bereit, denen die Ideale des Sozialismus nahe sind.

I. Die Prinzipien des organisatorischen Aufbaus und der Tätigkeit

1. Die Kommunistische Partei Kasachstans geht in ihren innerparteilichen Beziehungen und in ihrer Tätigkeit von der Anerkennung der Priorität der Macht der Parteimassen, der Einheit der Demokratie und der Parteidisziplin sowie von Initiative, verbunden mit Verantwortung, aus.

Die Grundnormen des Aufbaus und der Tätigkeit der Partei sind:

- ideologische Gemeinschaft, parteimäßige Kameradschaftlichkeit, wohlwollendes und ehrerbietiges Verhalten der Parteimitglieder zueinander;
- gleiche Rechte und Pflichten aller Kommunisten, harmonische Übereinstimmung der Interessen der Partei und jedes einzelnen Kommunisten:
- das Recht sämtlicher Parteiorganisationen auf die Beteiligung an der Ausarbeitung der Parteipolitik, ihre Selbständigkeit und Selbstverwaltung bei der Lösung von Fragen ihres internen Lebens und ihrer Tätigkeit;
- Durchführung von Diskussionen und Referenden über die besonders prinzipiellen Fragen der Partei- und gesellschaftlichen Tätigkeit, als deren Initiatoren die leitenden und Vollzugsorgane oder Kommunisten auftreten können, die mindestens ein Drittel der Mitgliederzahl der entsprechenden Organisation darstellen;
- volle Freiheit der Meinungsäußerung, der Gegenüberstellung von Ansichten, das Recht der Kommunisten, sich plattformgemäß im Laufe von Diskussionen zu vereinen, dabei darf keine Entstehung von Fraktionen mit eigenem inneren Aufbau und eigener Disziplin sowie mit ideologisch-politischen Grundlagen, die den Programmzielen der Partei widersprechen, zugelassen werden;
- das Recht einer Minderheit auf freie innerparteiliche Diskussion, Kritik, Propaganda und Verteidigung des eigenen Gesichtspunktes, auf Forderung einer politischen Bewertung fehlerhafter Beschlüsse. Eine Minderheit, die mehr als ein Drittel der Versammlungs-, Konferenz- oder Parteitagsteilnehmer ausmacht, ist berechtigt, ihre Sondermeinung in Protokollen zu fixieren, eine wiederholte Erörterung von Streitfragen in ihrer Organisation zu fordern oder sie vor höherstehenden Instanzen aufzuwerfen. Bei wiederholter Erörterung wird der Beschluß durch die Stimmenmehrheit der Forumsteilnehmer angenommen, wonach er für alle obligatorisch wird;
- Wählbarkeit, periodische Absetzbarkeit und Rechenschaftspflicht der Parteiorgane und ihrer Leiter vor den Kommunisten, von denen sie gewählt oder empfohlen worden sind;
- Kollegialität in der Arbeit sämtlicher Parteiorganisationen und Kollegialität in der Arbeit ihrer gewählten Organe;
- Verbindlichkeit der Erfüllung des Beschlusses höherstehender gewählter Organe für die Parteiorganisationen und Kommunisten, das Recht der letzteren, sich an deren Ausarbeitung zu beteiligen, selbständig die Formen und Methoden der Arbeit zur Verwirklichung dieser Beschlüsse festzulegen, und im Falle des Nichteinverständnisses mit diesen Beschlüssen an höherstehende Parteiorganisationen zu appellieren, ohne deren Erfüllung einzustellen;
- Transparenz und Offenkundigkeit in der Arbeit sämtlicher Organisationen und Organe der Partei.

2. Die Kommunistische Partei Kasachstans wird auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen Zentralismus nach dem territorialen und Produktionsmerkmal aufgebaut und hat folgende Struktur: Grund-, Rayon-, Stadt- und Gebietsparteiorganisationen. Die Organisation, die die Kommunisten des jeweiligen Territoriums vereint, gilt gegenüber den sie bildenden Organisationen als die höherstehende.

3. Die leitenden Organe der Kommunistischen Partei Kasachstans sind die Vollversammlung, die Konferenz und der Parteitag. Sie sind beschlußfähig, wenn ihnen mehr als die Hälfte und bei Rechenschaftslegungen und Wahlen mindestens zwei Drittel der Mitglieder der Parteiorganisation oder der gewählten Delegierten beiwohnen. Die leitenden Parteiorgane wählen ihre Exekutivorgane (Büro und Komitee) und die Revisionskommissionen.

Die Exekutiv- und Kontrollorgane werden in der Partei durch geheime Abstimmung gewählt. In die Liste für Abstimmung wird eine beliebige Zahl von Kandidaturen eingetragen. Als gewählt gelten die Kandidaten, die mehr als die Hälfte der Stimmen der Parteimitglieder erhielten, welche sich an der Abstimmung auf der Versammlung, der Konferenz, dem Parteitag, dem Plenum des Parteikomitees, der Sitzung der Revisionskommission beteiligt hatten.

Die Delegierten zu den Rayon-, Stadt-, Gebietskonferenzen, zur Republikkonferenz und zum Parteitag der Kommunistischen Parteitag Kasachstans werden durch direkte geheime Abstimmung der Kommunisten, in der Regel nach Parteibezirken gewählt.

Die Parteikomitees und die Revisionskommissionen werden gebildet durch direktes Delegieren der Vertreter von untergeordneten Parteiorganisationen, die durch geheime Abstimmung gewählt worden sind. Das Recht der endgültigen Entscheidung der Frage ihrer Wahl obliegt der Konferenz oder dem Parteitag.

Die Mitglieder der Partei dürfen nicht gleichzeitig mehr als zwei Komitees oder Revisionskommissionen der Kommunistischen Partei Kasachstans angehören.

Sekretäre von Parteikomitees aller Ebenen und Vorsitzende der Revisionskommissionen werden auf den entsprechenden Versammlungen, Konferenzen und Parteitagen oder nach dem Ermessen der Delegierten auf den Plenartagungen der Parteikomitees und Sitzungen der Revisionskommissionen gewählt. Sie können in einer beliebigen Parteigrundorganisation angemeldet sein.

Mitglieder der zu wählenden Organe in der Partei auf der Ebene des Rayonparteikomitees und höher werden für ein gleiches Amt für höchstens zwei Fristen nacheinander gewählt.

Die Vollzugs- und Kontrollorgane der Partei können erneuert oder vor Fristablauf auf Initiative der delegierenden Organisationen oder wegen des Rücktritts völlig neugewählt werden. Die Machtbefugnisse neuer Mitglieder werden auf Plenarsitzungen der entsprechenden Parteikomitees oder Sitzungen der Revisionskommissionen bestätigt.

Die Parteiorganisationen und Komitees können entsprechende Massenmedien aus ihren Mitteln selbständig oder mit anderen Organisationen stiften.

Die gewählten Parteiorgane haben das Recht, ständige oder provisorische Kommissionen für verschiedene Fragen der Parteiarbeit sowie einen Arbeitsapparat zu schaffen, der unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Parteigrundorganisationen gebildet wird. Auf die Mitarbeiter des Apparates erstreckt sich die Arbeitsgesetzgebung.

4. Bei der Lösung von Fragen des Organisationsaufbaus der Parteiorganisationen und ihrer Arbeit in den Sowjetischen Streitkräften, in den Truppen des Komitees für Staatssicherheit, in den inneren und Eisenbahntruppen läßt sich die Kommunistische Partei Kasachstans vom Paragraphen 23 des KPdSU-Statuts leiten.

5. Die Kommunistische Partei Kasachstans gestaltet ihre Beziehungen zu den Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken auf der Grundlage des Programms der KPdSU, der geschäftlichen Zusammenarbeit, des Einvernehmens und der parteilichen Kollegialität.

(Schluß S. 2)

KOMMUNISTISCHE PARTEI DER SOWJETUNION

STATUT

ENTWURF

DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI KASACHSTANS

(Schluß)

6. Die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Kasachstans kann auf Grund eines Volkentscheids eingestellt werden, wenn dafür mindestens zwei Drittel der Kommunisten der Republik gestimmt haben.

Über ihr ZK unterhält sie unmittelbare Beziehungen zu den Parteien auswärtiger Staaten.

II. Die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei Kasachstans

7. Mitglied der Kommunistischen Partei Kasachstans kann ein Bürger der Kasachischen SSR sein, der sein 18. Lebensjahr vollendet hat, die Programmziele sowie das Statut der Kommunistischen Partei Kasachstans anerkennt, in einer Parteigrundorganisation arbeitet und die Partei materiell unterstützt.

Das Mitglied der Kommunistischen Partei Kasachstans ist gleichzeitig Mitglied der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Jedes Mitglied der KPdSU, das in die Republik zu Arbeit, Studium oder ständigem Aufenthalt gekommen ist, wird nachdem er sich in einer Parteigrundorganisation angemeldet hat, Mitglied der Kommunistischen Partei Kasachstans.

8. Ein Mitglied der Kommunistischen Partei Kasachstans hat das Recht: an der Ausarbeitung und Realisierung der Parteipolitik teilzunehmen, zu wählen und gewählt zu werden, ein beliebiges Parteiorgan, einen beliebigen Kommunisten zu kritisieren, sich mit Interpellationen, Eingaben und Vorschlägen an eine beliebige Parteiinstanz zu wenden und Antwort auf seine Interpellation zu fordern, persönlich an der Erörterung von Fragen seiner Tätigkeit oder seines Betragens teilzunehmen. Der Kommunist hat das Recht, mit dem Schutz seitens der Partei vor unbegründeten Anschuldigungen und Verfolgungen anläßlich seiner Parteitätigkeit zu rechnen und die Dienste von Einrichtungen und Betrieben der Partei in Anspruch zu nehmen.

Ein Mitglied der Kommunistischen Partei Kasachstans hat das Recht, an der Arbeit von Massenorganisationen und Vereinigungen teilzunehmen, deren Ziele und Tätigkeit den Programmzielen der Partei nicht zuwiderlaufen.

9. Ein Mitglied der Kommunistischen Partei Kasachstans ist verpflichtet: die Beschlüsse der Parteiorgane zu erfüllen, die Ideen der Partei zu propagieren, um die Erreichung ihrer Ziele und die Gewährleistung ihrer Avantgardepositionen in der Gesellschaft zu kämpfen, konsequent den Parteikurs in den Arbeitskollektiven, unter der Bevölkerung sowie in staatlichen, gesellschaftlichen Organisationen durchzuführen, Parteidisziplin und Gesetzlichkeit einzuhalten, die Völkerfreundschaft zu festigen, um die Durchsetzung des Prinzips des Internationalismus zu kämpfen. Ein Kommunist ist verpflichtet, die Ehre und die Würde der Partei zu schützen, zur Festigung ihrer ideologischen und organisatorischen Einheit und zur Förderung ihrer Autorität beizutragen, rechtzeitig Mitgliedsbeiträge zu zahlen und das Eigentum der Partei zu behüten.

Die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei Kasachstans ist unvereinbar mit derjenigen in anderen politischen Parteien, mit der Teilnahme an antisozialistischen, nationalistischen und chauvinistischen Organisationen und Aktionen.

10. Die Aufnahme in die Kommunistische Partei Kasachstans erfolgt individuell auf Grund eines Gesuchs des Eintretenden. Die Entscheidung über die Aufnahme wird von der Versammlung der Parteigrundorganisation getroffen und für endgültig befunden, wenn für sie über die Hälfte ihrer Zusammensetzung abgestimmt hat. Die Entscheidung über die Aufnahme einer Abteilungsorganisation, ausgestattet mit Rechten der Parteigrundorganisation, wird vom Parteikomitee getroffen. Für den Eintretenden kann eine Bewährungsfrist sowie eine Bürgschaft zweier Parteimitglieder festgelegt werden. Personen, die vorher anderen politischen Parteien angehörten, werden auf allgemeiner Grundlage aufgenommen. Die Aushändigung des Parteibuches und die Registrierung der Mitglieder in der Kommunistischen Partei Kasachstans erfolgen in der für die KPdSU allgemeinen Ordnung. Ein Kommunist wird am Arbeits- oder Wohnort auf seinen Wunsch und unter Einverständnis der Grundorganisation registriert.

Wenn ein Parteimitglied gesundheitshalber oder aus Altersgründen am Parteileben nicht in vollem Maße teilnehmen kann, so hat die Grundorganisation das Recht, ihn auf Grund seines persönlichen Gesuches von der regelmäßigen Arbeit und der Leistung von Mitgliedsbeiträgen zu befreien.

Personen, die die Partei materiell unterstützen oder ihr bei der Durchführung von Maßnahmen helfen, jedoch nicht ihre Mitglieder sind, können ihre Sympathisanten werden.

11. Wegen der Verletzung der Statutenforderungen, der Parteidisziplin und der Normen der öffentlichen Moral können die Parteiorganisation oder das übergeordnete Parteikomitee den Kommunisten zur Ordnung rufen, ihm einen Verweis erteilen oder ihn aus der Partei ausschließen.

Die Parteimitgliedschaft kann auch auf Antrag des Kommunisten über den freiwilligen Austritt aus der Kommunistischen Partei Kasachstans hineingestellt werden, der von der Parteigrundorganisation geprüft wird.

Über die Entscheidung des übergeordneten Parteiorgans, einen Kommunisten zur Parteiverantwortung zu ziehen oder ihn auszuschließen, wird die Parteigrundorganisation informiert, in der er angemeldet ist.

Die Frage der Parteizugehörigkeit der vom Gericht wegen eines begangenen Verbrechens für schuldig erklärten Person wird von der Parteigrundorganisation nach dem gesetzlichen Inkrafttreten des Urteils entschieden.

Über die Einstellung der Mitgliedschaft des Mitglieds eines gewählten Parteiorgans in der Kommunistischen Partei Kasachstans wird auf dem Plenum unter Berücksichtigung der Meinung der Parteigrundorganisation entschieden, die ihn für dieses Organ empfohlen hat, oder der Stelle, wo er als Parteimitglied registriert ist.

Die Angelegenheit eines Parteimitglieds, das ohne triftigen Grund keine Mitgliedsbeiträge im Laufe von über drei Monaten gezahlt hat, ist in der Parteigrundorganisation zu erörtern. Ein Mitglied der Kommunistischen Partei Kasachstans, das sich im Laufe von drei Monaten nicht registrieren ließ, wird als ein aus der Partei Ausgeschiedener angesehen.

Die Entscheidung über den Ausschluß aus der Partei gilt für angenommen, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder der Parteigrundorganisation oder des Parteiorgans dafür gestimmt haben.

Der aus der Kommunistischen Partei Kasachstans Ausgeschlossene oder einer Parteistrafe Unterzogene hat das Recht, im Laufe von drei Monaten an die Kommission für Parteikontrolle des übergeordneten Parteikomitees zu appellieren. Die Appellation wird in einer Zweimonatsfrist seit ihrem Eingang geprüft.

III. Die Parteigrundorganisationen

12. Parteigrundorganisationen werden bei Vorhandensein von mindestens drei Parteimitgliedern nach dem Produktions- und Territorialprinzip auf Beschluß ihrer Versammlung gebildet und werden vom entsprechenden Rayon- und Stadtparteikomitee registriert. Sie können auch auf beliebiger Grundlage gebildet werden, wenn dies zur Festigung und Entwicklung der Parteiorganisation und zur Verstärkung ihres Einflusses beiträgt. Für die Periode der Durchführung wichtiger gesellschaftspolitischer Kampagnen (Wahlen, Volksentscheide usw.) können vereinte Territorial- und Produktionsparteikollektive geschaffen werden.

Die Parteigrundorganisation kann in ihrer Zusammensetzung Parteigruppen und Abteilungsorganisationen bilden. Letzteren können auf Genehmigung des Rayon- oder des Stadtparteikomitees die Rechte von Parteigrundorganisationen für Fragen gewährt werden, die mit der Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei Kasachstans verbunden sind.

Je nach ihren konkreten Aufgaben und Bedingungen ihrer Tätigkeit halten die Parteigrundorganisationen ihre Versammlungen nach Möglichkeit, jedoch nicht seltener als einmal in drei Monaten ab, lösen selbständig Fragen der Aufnahme in die Partei und der Einstellung der Mitgliedschaft in der Partei, der Festlegung ihrer Struktur, der Richtungen und Methoden der Arbeit, der Durchführung politischer Aktionen, der Finanz- und Wirtschaftstätigkeit, pflegen gegenseitige Beziehungen mit Organisationen anderer Parteien, mit Staats- und Massenorganisationen.

Die Parteigrundorganisationen leisten ideologische, politische und organisatorische Arbeit in Arbeitskollektiven und in Territorien, verwirklichen die Parteibeschlüsse, schützen die Interessen der Werktätigen, treten für soziale Gerechtigkeit ein, beeinflussen die Lösung von wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben. Sie haben das Recht, die Entwürfe von Dokumenten bei der Vorbereitung von Parteitagen, Konferenzen und Plenartagungen der Parteikomitees auszuarbeiten, ihre Einstellung zur Entscheidung eines beliebigen Parteiorgans zu äußern, Vorschläge über die Abberufung von Kommunisten, die bei ihnen angemeldet oder von ihnen für diese Organe vorgeschlagen worden sind, aus den Parteiorganen aller Ebenen einzubringen.

Die Tätigkeit der Parteigrundorganisationen kann auf Beschluß des Rayon- oder Stadtparteikomitees wegen der Handlungen eingestellt werden, die dem Parteistatut zuwiderlaufen. In diesem Fall hat die Parteigrundorganisation das Recht, an die übergeordneten Organe der Kommunistischen Partei Kasachstans zu appellieren.

13. Für die Führung der laufenden Arbeit wählt die Versammlung (Konferenz) der Parteigrundorganisation für zwei bis drei Jahre das Parteibüro (Komitee) und seinen Sekretär sowie auf Ermessen der Kommunisten — die Revisionskommission. In den Parteiorganisationen, die weniger als 15 Kommunisten zählen, werden der Sekretär der Parteiorganisation und sein Stellvertreter sowie in den Parteigruppen — der Parteigruppenorganisator für eine Frist und in der Ordnung gewählt, die von der Versammlung festgelegt werden. Die Arbeit des Sekretärs der Parteigrundorganisation wird durch die Bestimmung über den Sekretärsstatus reglementiert.

IV. Die Rayon-, Stadt- und Gebietsparteiorganisationen

14. Die Rayon-, Stadt- und Gebietsparteiorganisationen leisten im Rahmen des Rayons, der Stadt oder des Gebiets Arbeit zur Realisierung der Politik der Partei und sichern die Verwirklichung der Beschlüsse der übergeordneten Parteiorgane sowie der eigenen Beschlüsse ab.

Die Rayon-, die Stadt- und die Gebietsparteikonferenz bestätigen die Vollmachten der in den untergeordneten Parteiorganisationen für eine Frist von nicht über fünf Jahren gewählten Mitglieder des Rayon-, des Stadt- und des Gebietsparteikomitees sowie der Revisionskommission und wählt Mitglieder der übergeordneten zu wählenden Parteiorgane. Die Konferenzen werden auf Beschluß des Rayons-, des Stadt- und des Gebietsparteikomitees oder auf die Forderung einer Gruppe von Parteiorganisationen hin einberufen, die nicht weniger als ein Drittel der Gesamtzahl der Kommunisten des Rayons, der Stadt oder des Gebiets vertreten.

Die Konferenzen sowie auch die Plenarsitzungen der Parteikomitees, die je nach der Notwendigkeit einberufen werden, erörtern aktuelle Fragen des Parteilebens, der gegenseitigen Beziehungen mit den Organen der Sowjets, anderer Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen, erarbeiten unter Berücksichtigung der Meinungen der Parteiorganisationen Programme der Lösung der politischen, nationalen, sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen, kulturellen, moralischen und anderer Probleme in der Region, und unterbreiten sie den Staatsmachtorganen, den gesellschaftlichen Vereinigungen, den Arbeitskollektiven und der Bevölkerung.

Die Rayon- und Stadtparteikomitees registrieren die Kommunisten, koordinieren und regeln die Tätigkeit der Grundparteiorganisationen. Die Gebietsparteikomitees können die größten Parteigrundorganisationen mit den Rechten von Rayonparteikomitees in Fragen der Registrierung der Mitglieder der Kommunistischen Partei Kasachstans ausstatten.

Die Rayon-, die Stadt- und die Gebietskomitees üben die Kontrolle über die Erfüllung der Programm- und Normativsachstans, die Beschlüsse der Parteitage und Konferenzen und haben das Recht, den Beschluß der Grundparteiorganisation und die Gebietsparteikomitees, die Beschlüsse der Rayon- und Stadtparteikomitees aufzuheben, falls sie nicht den Programm- und Statutgrundsätzen entsprechen.

Die Rayon-, die Stadt- und die Gebietsparteikomitees können unter Berücksichtigung der Meinungen der untergeordneten Organisationen auf ihrem Plenum das Büro des Rayon-, des Stadt- und des Gebietsparteikomitees wählen.

15. Die Revisionskommissionen der Rayon-, der Stadt- und der Gebietsparteiorganisationen prüfen die Richtigkeit der Durchführung des Parteibudgets, darunter die Erfassung und Zahlung der Parteimitgliedsbeiträge, die Finanz- und Wirtschaftstätigkeit der Betriebe und Einrichtungen der entsprechenden Parteikomitees und Parteigrundorganisationen.

16. In den Rayon-, Stadt- und Gebietsparteiorganisationen bilden die entsprechenden Parteikomitees Kommissionen für Parteikontrolle zur Ausübung von Kontrolle über die Erfüllung der Beschlüsse der leitenden Parteiorgane, über die Einhaltung der Statutforderungen und der Normen der gesellschaftlichen Moral, sowie über die Lösung der Fragen, verbunden mit dem Schutz der Interessen der Parteigrundorganisationen, der Ehre und Würde der Kommunisten und mit der Erörterung ihrer Appellationen. Sie arbeiten gemäß der Bestimmung, die auf dem Plenum des Parteikomitees bestätigt wird.

V. Die höchsten und die Zentralorgane der Kommunistischen Partei Kasachstans

17. Das höchste Organ der Kommunistischen Partei Kasachstans ist der Parteitag. Die ordentlichen Parteitage werden vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei nicht seltener als einmal in fünf Jahren einberufen. Der Beschluß des ZK über die Einberufung des Parteitags, über die Tagesordnung und die Vertretungsnorm werden nicht später als drei Monate vor dem Parteitag erklärt. Das Zentralkomitee veröffentlicht Dokumentenentwürfe über die Hauptfragen, die dem Parteitag vorgelegt werden.

Der außerordentliche Parteitag der Kommunistischen Partei Kasachstans wird vom Zentralkomitee auf eigene Initiative oder auf die Forderung der Parteiorganisationen hin einberufen, die nicht weniger als ein Drittel der Gesamtzahl der Kommunisten vereinigen. Der Parteitag wird in einer Zweimonatsfrist einberufen und gilt für beschlußfähig, wenn auf ihm die meisten Gebietsparteiorganisationen vertreten sind.

Im Falle der Nichteinberufung des außerordentlichen Parteitags durch das Zentralkomitee können die Organisationen, die seine Durchführung gefordert haben, ein Organisationskomitee bilden, das die Rechte des ZK der Partei auf die Einberufung des außerordentlichen Parteitags besitzt.

18. Der Parteitag der Kommunistischer Partei Kasachstans:

— nimmt Rechenschaftslegungen und Berichte des Zentralkomitees, der Revisionskommission und anderer Organe entgegen, faßt Beschlüsse und bewertet ihre Arbeit;

— nimmt Programmdokumente und das Statut der Kommunistischen Partei Kasachstans an, überprüft und ändert sie;

— bestimmt den politischen Kurs der Partei und ihre Wahlplattform;

— bestätigt den Bestand des Zentralkomitees und der Revisionskommission, gewählt in den Gebietsparteiorganisationen, auf Konferenz von Militäreinheiten und -verbänden;

— wählt den 1. Sekretär des ZK, ihn zugleich zum Mitglied des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans wählend;

— delegiert Vertreter der Kommunistischen Partei Kasachstans in die Zusammensetzung der Zentralorgane der KPdSU.

19. In der Periode zwischen den Parteitagen der Kommunistischen Partei Kasachstans beruft der Zentralkomitee nötigenfalls eine Republikparteikonferenz ein, um spruchreif gewordene Fragen, die Politik und die praktische Tätigkeit der Partei zu erörtern.

Die Konferenz hat das Recht, Rechenschaftsberichte des Zentralkomitees und der Revisionskommission der Kommunistischen Partei Kasachstans über ihre Arbeit entgegenzunehmen, andere für die Partei obligatorischen Beschlüsse im Rahmen der Programmdokumente der Kommunistischen Partei Kasachstans zu fassen und Änderungen am Statut der Partei vorzunehmen.

20. In der Periode zwischen den Parteitagen ist das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kasachstans verpflichtet:

— Sekretäre zu wählen, sie gleichzeitig zu Mitgliedern des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans wählend;

— Chefredakteure der Presseorgane des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans zu bestätigen;

— die Erfüllung der Beschlüsse der Parteitage und Konferenzen der KPdSU sowie der Kommunistischen Partei Kasachstans zu organisieren;

— gestützt auf die Meinung der Parteiorgane und der Arbeitskollektive, die Vorschläge zu den Fragen der Innen- und Außenpolitik der Republik auszuarbeiten und sie in Form von Gesetzgebungsinitiative dem Obersten Sowjet der Kasachischen SSR zu unterbreiten;

— Normativdokumente über die Anwendung des Statuts und der Realisierung des Programms auszuarbeiten und zu bestätigen;

— die Tätigkeit der Parteigruppen (Fraktionen) im Obersten Sowjet der Kasachischen SSR und in andere Republikorgane zu lenken;

— die Kaderpolitik der Partei zu verwirklichen;

— Tätigkeit der Gebiets-, Stadt- und Rayonparteikomitees sowie der Grundparteiorganisationen zu lenken;

— die Kommunistische Partei Kasachstans im Zusammenwirken mit den anderen gesellschaftspolitischen Organisationen zu vertreten;

— die Hauptrichtungen der Formung und Nutzung des Parteihaushalts zu erörtern und zu bestimmen, die Kommunisten der Republik über diese Fragen systematisch zu informieren.

Ein Plenum wird auf Beschluß des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans oder auf die Forderung von nicht weniger als einem Drittel der ZK-Mitglieder hin einberufen.

21. Für die Lösung von politischen und Organisationsfragen in der Periode zwischen den Plenarsitzungen wählt das Zentralkomitee das Politbüro des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans.

Das Politbüro legt alljährlich Rechenschaft über ihre Tätigkeit auf dem Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans ab, und die Mitglieder des ZK tun das in den Parteiorganisationen, von denen sie gewählt wurden.

22. Im ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans werden ständige Kommissionen für die Hauptrichtungen seiner Tätigkeit gebildet. Sie werden auf dem Plenum aus Mitgliedern des ZK sowie aus anderen Kommunisten als Berater bestätigt.

23. Die Revisionskommission der Kommunistischen Partei geht in ihrer Tätigkeit vom Statut der KPdSU und der Kommunistischen Partei Kasachstans sowie von der Bestimmung aus, die vom Parteitag der Kommunistischen Partei Kasachstans bestätigt werden. Sie kontrolliert die Durchführung des Parteihaushalts, den Stand der Entrichtung der Parteimitgliedsbeiträge und die Arbeit zur Behandlung der Eingaben der Bürger. Auf ihrer Sitzung wählt sie das Präsidium und den Vorsitzenden der Revisionskommission.

24. Das ZK und die Revisionskommission der Kommunistischen Partei Kasachstans halten ihre Sitzungen je nach der Notwendigkeit, aber nicht weniger als zweimal im Jahr ab, und nötigenfalls gemeinsame Sitzungen.

Die Mitglieder des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans können sich an der Arbeit der Revisionskommission der Kommunistischen Partei Kasachstans und die Mitglieder der Revisionskommission an der Arbeit der Plenarsitzungen des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans mit beratender Stimme beteiligen.

25. Das ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans bildet die Kommission für Parteikontrolle. Sie beteiligt sich an der Ausübung der Kontrolle über die Erfüllung der Programm- und Normativdokumente der Kommunistischen Partei Kasachstans, trägt zur Festigung der Parteireihen und der parteilichen Kameradschaft bei, verteidigt die durch das Parteistatut festgelegten Interessen der Parteigrundorganisationen, die Rechte, die Ehre und die Würde der Kommunisten und behandelt ihre Appellationen.

Die Kommission für Parteikontrolle des ZK wird mit dem Recht auf Selbständigkeit bei der Annahme von Beschlüssen auf Grund der Appellationen von Kommunisten und auf Unterbreitung von Vorschlägen in entsprechenden Parteiorganisationen und -komitees zur parteilichen Belangung von Kommunisten ausgestattet, die die Forderungen des Parteistatuts und die Normen der gesellschaftlichen Moral verletzt haben. Die Kommission für Parteikontrolle des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans wird auf dem Plenum des Zentralkomitees aus Mitgliedern des ZK, hauptamtlichen Mitarbeitern der Kommission und anderen Kommunisten gebildet. In ihrer Tätigkeit läßt sie sich durch die vom Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans bestätigte Bestimmung leiten.

26. Der Sitz des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans ist Alma-Ata, Platz der Republik, 4.

VI. Die Kommunisten in den Sowjets, Staatsorganen und Massenvereinigungen

27. Die Kommunistische Partei Kasachstans führt in den Sowjets, Staats-, Wirtschafts- und Massenvereinigungen ihre Politik über die in diesen Institutionen tätigen Kommunisten durch.

28. Die Kommunistische Partei Kasachstans kämpft um die politische Führung während der Wahlen zu den Sowjets der Volksdeputierten sowie über andere Formen der Willensäußerung der Bürger. Die Parteiorganisationen erarbeiten auf allgemeinen Grundlagen ihre Wahlplattformen und veröffentlichen sie, sie empfehlen Kommunisten für die Nominierung als Volksdeputiertenkandidaten, helfen ihnen bei der Organisation der Wahlkampagne und anderer politischer Tätigkeit.

Die Parteiorganisationen können Wahlabkommen mit anderen gesellschaftspolitischen Organisationen und Struktureinheiten abschließen und die von ihnen aufgestellten Deputiertenkandidaten, die keine Mitglieder der KPdSU sind, unterstützen.

29. Die Volksdeputierten aus der Zahl der Kommunisten können sich für die Dauer der Legislaturperiode der Sowjets zu Parteigruppen (Fraktionen der Kommunisten) zwecks Koordinierung ihrer Tätigkeit und Realisierung des Willens und der Aufträge der Wähler vereinen. Die Parteigruppen (Fraktionen der Kommunisten) wirken zusammen mit den entsprechenden Parteikomitees, beziehen von ihnen Hilfe und Unterstützung. Für die laufende Arbeit der Gruppe (Fraktion) wird ein Büro oder ein Vorsitzender gewählt.

Den Kommunisten ist untersagt, in den Sowjets Gruppen und Fraktionen zu bilden, die unabhängig von den Parteiorganen sind, doch im Namen der KPdSU und der Kommunistischen Partei Kasachstans auftäten.

30. Die Kommunistische Partei Kasachstans arbeitet mit den gesellschaftlichen Kräften zusammen, die auf den Positionen von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit stehen. Sie gestaltet ihre Beziehungen zu den Gewerkschaften, anderen gesellschaftlichen Organisationen und Massenbewegungen auf der Grundlage des politischen Zusammenwirkens und der Achtung unterschiedlicher Standpunkte.

Auf den Kongressen und Konferenzen, die von den Massenorganisationen einberufen werden, können Parteigruppen (Fraktionen von Kommunisten) ähnlich den Gruppen (Fraktionen) in den Sowjets gebildet werden.

31. Die Parteiorgane und Parteigrundorganisationen stützen sich bei der Arbeit mit der Jugend auf den Komsomol Kasachstans, sie arbeiten mit anderen Jugendorganisationen mit sozialistischer Option zusammen, leisten ihrer Tätigkeit größtmöglichen Beistand, gewinnen die Jugend für die Ausarbeitung und Realisierung der Jugendpolitik der Kommunistischen Partei Kasachstans. Die Beziehungen der Partei- und Komsomolorganisationen werden aufgebaut auf den Prinzipien der politischen Partnerschaft, der ideologischen Einheitlichkeit, auf der Anerkennung der organisatorischen Selbständigkeit des Kommunistischen Jugendverbandes, auf gegenseitiger Achtung und gegenseitigem Vertrauen. Die Partei betrachtet den Komsomol Kasachstans als ihre nächste Reserve für die Auffüllung ihrer Reihen.

Die Mitglieder der Wahlorgane der Jugendorganisationen haben das Recht, sich an der Erörterung von Fragen der Jugendpolitik in den entsprechenden Parteikomitees zu beteiligen.

32. Die Parteigrundorganisationen und die Parteikomitees können die Kommunisten und Parteilosen für konkrete Abschnitte der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Tätigkeit empfehlen. Mit politischen Methoden vorgehend, fördern sie ihre Wahl oder Ernennung auf entsprechende Posten, leisten ihnen Unterstützung, nehmen Rechenschaften der Kommunisten über deren Arbeit entgegen, machen die dabei gezogenen Schlußfolgerungen und gemachten Empfehlungen publik.

VII. Die Geldmittel und das Vermögen der Partei

33. Die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Kasachstans und ihrer Organisationen wird durch die Finanz- und materiellen Ressourcen aus eigenen Einkünften abgesichert.

Die Geldmittel der Partei bilden sich aus den Mitgliedsbeiträgen der Kommunisten, aus den Einkünften der Verlags-, Produktions-, Wirtschafts- und Kommerztätigkeit, aus freiwilligen Beiträgen einzelner Bürger, Betriebe, Organisationen, Gesellschaften und anderen Eingängen, die der geltenden Gesetzgebung nicht zuwiderlaufen.

Die monatlichen Mitgliedsbeiträge der Parteimitglieder werden in folgender Höhe gemäß der Summe ihres monatlichen Einkommens festgelegt:

bis 70 Rubel — 10 Kopeken
71—100 Rubel — 20 Kopeken
101—150 Rubel — 30 Kopeken
151—250 Rubel — 1 Prozent
über 250 Rubel — mindestens 2 Prozent

Die werktätigen Kommunisten aus der Mitte der Rentner entrichten ihre Parteimitgliedsbeiträge getrennt von der Rente und vom Verdienst.

34. Der Haushalt der Kommunistischen Partei Kasachstans, dessen Struktur und die Höhe der Abführungen der örtlichen Parteiorganisationen an ihn, die Höhe der Zuwendungen für sie, der Rechenschaftsbericht über die Durchführung des Parteihaushalts werden vom Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans bestätigt, und die Kommunisten werden darüber in Kenntnis gesetzt.

Die Parteiorganisationen sind selbständig bei der Entwicklung der Quellen der Haushaltsbildung und der Verfügung über ihn, sie sind berechtigt, über die Struktur-, Etats-, Produktions- und Wirtschaftsfragen zu entscheiden, periodische Presseausgaben zu gründen, zu reorganisieren und zu liquidieren. Die Haushalte und Rechenschaften über deren Durchführung werden auf den Plenartagungen der entsprechenden Parteikomitees mit Informierung der Parteimitglieder bestätigt.

35. Um ihre Tätigkeit abzusichern, nutzt die Kommunistische Partei Kasachstans Gebäude, Anlagen, Ausrüstungen, Inventar und Vermögen kultureller, Bildungs- und Gesundungsbestimmung, Geldmittel, Parteiverlage mit ihren periodischen Ausgaben und Druckereien sowie anderes der KPdSU gehörendes Vermögen und verfügt auch über eigene Geldmittel, über Neben-, gemischte und Kleinbetriebe, Transportmittel und anderes Vermögen.

Die Parteikomitees verwirklichen die operative Leitung des Vermögens der Parteiorganisationen (Besitz, Nutzung, Verfügung). Das ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, die Parteikomitees an der Basis, die Institutionen und Organisationen der Kommunistischen Partei besitzen die Rechte juristischer Personen und dürfen diese Rechte an ihre Struktureinheiten und Parteigrundorganisationen übertragen.

Im Falle der Auflösung der Kommunistischen Partei Kasachstans oder des Verbots ihrer Tätigkeit geht das Eigentum der Republikparteiorganisation an die KPdSU über.

Für die Finanzierung der Tätigkeit der Parteigrundorganisationen, darunter für den Unterhalt hauptamtlicher Funktionäre, werden bis 50 Prozent der eingegangenen Mitgliedsbeiträge bereitgestellt.

Für die Lösung von Fragen der Finanzierung der Tätigkeit der Parteiorganisationen, der Verteilung und Umverteilung der Geldmittel werden bei den Rayon-, Stadt- sowie Parteikomitees, die mit Rechten von Rayonparteikomitees ausgestattet sind, werden Finanzkommissionen unter Beteiligung der Sekretäre der Parteigrundorganisationen gebildet.

Aus aller Welt

PANORAMA

Baubedarf gigantisch – Arbeit auf Jahre hinaus

Der Baubedarf in den fünf neuen deutschen Bundesländern ist gigantisch. So sind von der industriellen Bausubstanz zwischen Rostock und Dresden nur 20 Prozent in einwandfreiem Zustand. Bis zum Jahr 2000 müssen 40 Prozent von Grund auf modernisiert, 30 Prozent mindestens „aufgemöbelt" werden. Zudem verfügen lediglich 14 Prozent der Gemeinden über eine zentrale Kläranlage. 45 Prozent der Kommunen können Abwässer überhaupt nicht aufbereiten. Problematisch ist auch die Lage im Wohnungs- und Verkehrsbau.

Experten und Politiker sind sich einig, daß dem riesigen Bedarf möglichst schnell ein entsprechend umfassender Baumarkt folgen muß. Der Auftakt dazu wird frühestens in der ersten Hälfte 1991 erwartet. Dann reicht es nicht, wenn von den 197 000 in den ersten neun Monaten dieses Jahres eingereichten Gewerbeanmeldungen jede zehnte auf die Baubranche entfällt. Wirtschaftsminister Haußmann nennt das zwar ermutigend, jedoch dem Anspruch der Bauwirtschaft als Vorbote und Motor eines gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs ist damit nicht genüge getan. Im übrigen sagt die Zahl der Betriebe wenig über die Auftragslage. Sie ist derzeit miserabel. Im August lag beispielsweise der Umsatz der Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten im Bauhauptgewerbe bei fast 2,3 Milliarden DM. Diesem Umsatz standen im selben Monat jedoch nur Aufträge im Gesamtwert von etwas mehr als einer Milliarde DM gegenüber. Krampfhaft suchen ostdeutsche Bauunternehmer nach Aufträgen, um über die Durchstrecke des Winters zu kommen und ihre Arbeitskräfte bis zum Beginn des lang erhofften Booms zu halten.

Prof. Hermann Becker, Präsident des Hauptverbandes der deutschen Bauindustrie, unter dessen Dach sich seit Oktober die ostdeutschen Bauindustrieverbände befinden, ist zuversichtlich. Sein Optimismus gründet sich auf den hohen Sanierungs- und Ausbaubedarf von insgesamt 625 Milliarden DM. Davon entfallen auf die Bereiche Wohnungen 234 Milliarden DM, Verkehr 261 Milliarden DM und Umwelt-Energie-Wasser 130 Milliarden DM. Diese Summen sichern nach Ansicht von Becker für die Bauunternehmen der neuen Bundesländer Beschäftigung auf viele Jahre. Zudem habe die Bundesregierung erkannt, daß die Konjunktur in Ostdeutschland nur durch schnell in konkrete Projekte umgesetzten Baubedarf in Schwung kommt. Eines der dazu aufgelegten baubezogenen Programme ist das für Kommunalkredite in Höhe von zehn Milliarden DM. Nach Angaben von Wirtschaftsminister Haußmann sind dafür inzwischen innerhalb eines Monats 330 Anträge mit einem Volumen von mehr als 2,1 Milliarden DM eingereicht.

Eine weitere Säule für die Zuversicht der Bauindustrie ist die Überzeugung, daß der notwendige Strukturanpassungsprozeß in relativ kurzer Zeit zu bewältigen ist. Die Modernisierung der Arbeitsplätze in den ostdeutschen Bauunternehmen sei mit überschaubarem Aufwand zu erreichen. Immerhin belaufe sich die Kapitalausstattung eines Arbeitsplatzes in der Bauwirtschaft auf 54 000 DM, während diese Kennziffer in der Automobilindustrie 150 000 DM betrage.

Zum „arabischen Aspekt" des Konflikts am Golf

Die wichtigste Neuigkeit ist heute im arabischen Osten und außerhalb der Region der Appell des Königs von Marokko Hassan II., eine außerordentliche gesamtarabische Gipfelkonferenz einzuberufen. Ihre Zustimmung haben bereits Jordanien, die Palästinensische Befreiungsorganisation, Mauretanien und der Sudan gegeben. Nicht einmal der Irak scheint nicht dagegen zu sein, obgleich er für sich einige Vorbedingungen reserviert, von denen sich viele für einige arabische Staaten als unakzeptabel erwiesen haben. Das letzte Wort, das über das Schicksal dieses Forums zu entscheiden haben wird, werden wohl aber Ägypten, Saudi-Arabien und in einem gewissen Grade auch Syrien zu sprechen haben.

Die zweite nicht weniger wichtige Nachricht lautet, daß der Außenminister der VR China Qian Qichen laut einigen Berichten sich geweigert hat, Saddam Husein Versicherungen zu geben, daß China die eventuelle Resolution des UN-Sicherheitsrats nicht unterstützen wird, die „grünes Licht" den multinationalen Kräften geben würde, um gegen die Besatzungstruppen in Kuweit Kampfaktionen zu beginnen, wenn sich die übrigen Maßnahmen, den Aggressor zur Räumung des besetzten Landes zu bewegen, als unwirksam erweisen. Auf derartige Versicherungen hatte man aber im Irak sehr gehofft.

Der irakische Diktator, der sich die Geiselnahme zunutze gemacht hat, und der die Interessen verschiedener Länder gegeneinander auszuspielen versucht, hatte damit gerechnet, daß es ihm gelingt, in die Reihen der gegen Bagdad gebildeten Koalition Spaltung hineinzubringen. Aber dies scheint eine fehlerhafte Kalkulation gewesen zu sein. Es dürfte nicht von ungefähr sein, daß Hussein sofort nach dem Treffen mit dem chinesischen Außenminister seine Emissare nach Rabat, Amman, Tripoli und Algier aussandte, um die Richtungen der Arbeit der interarabischen Konferenz vorzubestimmen, falls es zu dieser kommen sollte.

Vor diesem sensationellen Hintergrund ist die Äußerung von Qian Qichen nicht so richtig aufgefallen, wonach „die gegenwärtige Krise ein Problem der arabischen Länder" sei und deshalb denn auch von ihren Führern gelöst werden müßte. Aber das ist nicht nur eine arabische Angelegenheit, da das Kuweit-Abenteuer von Saddam Husein von vielen als eine Herausforderung der entstehenden neuen Ordnung in den internationalen Beziehungen betrachtet wird. Es ist aber klar, daß auf der Suche nach Wegen zur politischen Lösung des Konflikts eine führende Rolle auch die arabische Staatengemeinschaft spielen könnte. Diese Haltung vertritt auch die sowjetische Diplomatie. Die Sonderbotschafter des UdSSR-Präsidenten Alexander Belonogow und Wladimir Petrowski haben Kontakte zu den führenden Repräsentanten einer Reihe von Staaten der Region zu dem Zweck einer Aktivierung des „arabischen Faktors" unter der Bedingung einer obligatorischen Realisierung der UNO-Beschlüsse zu dieser Frage aufgenommen.

Auf dem Wege zur außerordentlichen zwischenarabischen Beratung gibt es aber viele Hindernisse. Es ist kein Geheimnis, daß die Aktion der irakischen Führung zu einer scharfen Polarisierung in der Haltung der Araber geführt hat. Unter diesen Verhältnissen bedarf das angestrebte Forum einer sorgfältigen Vorbereitung, um, nach den Worten der Zeitung „Jordan Times", ein Scheitern und eine Katastrophe zu vermeiden, was leider bisher wiederholt der Fall gewesen war. Wie immer die Sympathien oder Antipathien der arabischen Führung zum Irak, mit seinem militärischen Potential, das nach Auffassung einiger von ihnen fähig ist, Israel und Iran zu widerstehen, auch sein mögen, das Bewußtsein der Gefährlichkeit des Kurses des derzeitigen irakischen Führers muß sich über alle anderen Erwägungen hinweg durchsetzen.

Juri TYSSOWSKI,
TASS-Kommentator

Finden Nord und Süd einen gemeinsamen Nenner?

Ein gutes Dutzend prominenter Amerikaner aus dem Norden und Süden des Doppelkontinents grübelt in diesen Tagen intensiv über ein neues Konzept für die regionale Staatenorganisation OAS (Organisation Amerikanischer Staaten). Die „Gruppe der Reflexion steht unter Zeitdruck, schließlich steht nach ihrer Konstituierung vor drei Wochen im Januar das nächste Treffen ins Haus, bei dem bereits wichtige Elemente eines neuen OAS-Modells auf dem Tisch liegen sollen.

Keine leichte Aufgabe für die 13 Persönlichkeiten, unter ihnen Mexikos Ex-Präsident Miguel de la Madrid sowie die ehemaligen Außenminister Brasiliens und Chiles Gibson Barbosa und Gabriel Valdes, da ein sehr breites Spektrum von Interessen unter einen Hut zu bringen ist. Immerhin sind in der Organisation 31 Staaten vereint, von den übermächtigen USA bis zu Ländern wie Haiti oder El Salvador.

Ein erstes Signal im Hinblick auf die künftige Orientierung der OAS haben die „13" schon gegeben: Sie schlugen den OAS-Gremien vor, die Initiative von USA-Präsident George Bush zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes zwischen Alaska und Feuerland zu unterstützen. Der Norden und der Süden brauchten einander, hieß es, die bisherige Zweiteilung habe keinerlei Berechtigung. Außerdem sei für seinen wirksameren Schutz der Menschenrechte, für eine realistische Verteidigungsstrategie und für einen rigorosen Abbau der Bürokratie zu sorgen. Wirtschaftliche Hilfe sollte die militärische Komponente in den Hintergrund drängen.

Klagen darüber, daß die OAS längst „in die Jahre" geraten ist und den aktuellen Anforderungen keinesfalls mehr entspricht, waren in jüngster Zeit insbesondere von den Lateinamerikanern häufig zu hören, getan hat sich aber kaum etwas, bevor die „Gruppe der Reflexion" gebildet wurde.

Bereits auf der 22. Generalversammlung in Paraguays Hauptstadt Asuncion im Juni dieses Jahres hatten mehrere Präsidenten heftige Kritik am bisherigen Wirken der OAS geübt, der mit Ausnahme Kubas und Kanadas, das als ständiger Beobachter wirkt, alle bedeutenden Länder des Doppelkontinents angehören. Die Antillen-Insel war 1962 ausgeschlossen worden. Venezuelas Präsident Carlos Andres Perez stellte die Handhabung und Effektivität der OAS-Charta in Frage, die auf die Förderung des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit gerichtet ist. Er verwies dabei auf die US-amerikanischen Invasionen in Grenada und Panama. Besonders der Falkland-Malwinen-Krieg von 1982 hätte die Widersprüche verstärkt. Damals unterstützten die USA entgegen ihren Verpflichtungen aus dem RIO-Beistandspakt, für 1947 nicht Argentinien, sondern den NATO-Partner Großbritannien.

Auch Uruguays Präsident Luis Alberto Lacalle bekräftigte in Asuncion die Forderung, die OAS-Grundlagen den heutigen Verhältnissen in der Region anzupassen. Der RIO-Pakt entspreche nicht mehr der Realität. Andere Staatsmänner Lateinamerikas bezeichnen den Vertrag unverblümt als „Kind des kalten Krieges", geboren in einer Zeit der Konfrontationen auch zwischen den USA und Lateinamerika.

Der Konflikt zwischen dem „Koloß im Norden" und dessen altem „Hinterhof" im Süden hatte die Lateinamerikaner in der Vergangenheit des öfteren zu versuchen bewogen, die von Washington angelegten Fesseln zumindest etwas zu lockern, was innerhalb der OAS infolge der USA-Dominanz kaum möglich war. Die Gründung und Festigung des lateinamerikanischen Wirtschaftssystems (SELA) und der Integrationsvereinigung ALADI stehen für diese Tendenz, die insbesondere in den 70er Jahren relativ stark vorangetrieben wurde. Angesichts der Zustimmung der vordenkenden „13" zu Bushs Amerika-Plan scheinen die Zeichen jetzt eher auf Bemühungen um kontinentale Verständigungen zu stehen.

Eine „außerordentliche Begebenheit" für die deutschpolnischen Beziehungen

Zweimal hatte Außenminister Hans-Dietrich Genscher in Warschau die Gelegenheit genutzt, um im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Grenzvertrages auf einen Punkt aufmerksam zu machen, der ihm besonders am Herzen lag. Sowohl in einem Toast beim Treffen mit Ministerpräsidenten Mazowiecki als auch in seiner Rede im Kabinettssaal des Ministerrates bei der Vertragsunterzeichnung unterstrich der Minister, daß die nunmehr erfolgte Bestätigung der bestehenden Grenze die „freie Entscheidung der Deutschen ist und „uns von niemandem aufgezwungen wurde".

Ganz offensichtlich schien Genscher damit das Anliegen zu verfolgen, einer Dolchstoßlegende konservativer Kreise vorzubeugen, die die endgültige Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze mit der Behauptung anzweifeln könnten, sie sei den Deutschen gegen ihren Willen von außen aufgenötigt worden.

Das Vertragswerk, das die bis noch vor kurzem heftig umstrittene Oder-Neiße-Grenze als „jetzt und in Zukunft unverletzlich" bezeichne und unterstreiche, daß beide Staaten „keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden", entspreche, so Genscher sehr nachdrücklich, dem Willen des deutschen Volkes.

Verständlich, daß die Äußerungen von Vertriebenen-Führer Herbert Czaja (CDU/CSU) in Bonn, es handele sich bei dem Vertrag um ein „Diktat", sowohl bei den polnischen als auch den deutschen Vertragspartnern Stirnrunzeln auslöste.

Auffallend war auch, wie Premier Mazowiecki in einer kurzen Rede nach der Vertragsunterzeichnung, die eigentlich nicht auf dem Programm gestanden hatte, an die Leiden seines Volkes im zweiten Weltkrieg erinnerte, die er angesichts von Millionen Toten durch Überfall und Okkupation „gewaltig" und „unermeßlich" nannte.

Diese Passage, so vermuten Beobachter, sollte darauf aufmerksam machen, daß sich bei ihm und den meisten seiner Landsleute vieles sträubt, wenn sie in der Präambel des Grenzvertrages eine simple Gleichsetzung dieses Leids mit den Leiden der am Ende des Krieges aus ihrer Heimat vertriebenen Deutschen akzeptieren mußten. Doch in Polen war man im Interesse der Beseitigung des größten bilateralen Problems zwischen beiden Staaten — der bisher verweigerten Grenzanerkennung — bereit, diese Kröte im Vertragswerk zu schlucken. Daher konnte der Premier die Unterzeichnung trotz kritischer Reminiszenzen schließlich doch eine „außerordentliche Begebenheit" für die deutsch-polnischen Beziehungen nennen und vom Vergeben und der Bitte um Vergebung sprechen.

Die Ratifizierung des bedeutenden Vertragswerkes durch das deutsche Parlament wird allerdings noch etwas auf sich warten lassen. Auf Wunsch der deutschen Seite soll erst ein Grundlagenvertrag über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit abgeschlossen werden, über den die Verhandlungen bereits begonnen haben. Die nächsten Konsultationen finden Ende November in Bonn statt. Bis Ende Januar soll der Text fertig sein, so daß der umfassende Vertrag zusammen mit dem Grenzabkommen im Februar im Bundestag debattiert und ratifiziert werden kann. Erst dann, so meint man in Bonn und Warschau, sei der Weg frei für eine wirkliche Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern.

In wenigen Zeilen

WIEN. Der Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa ist im Ratssaal in der Wiener Hofburg paraphiert worden. Im Namen der Regierungen der an den Gesprächen beteiligten 22 Länder setzten die Delegationsleiter ihre Unterschrift unter das Dokument.

RAMSTEIN. US-Präsident George Bush ist zu einem rund sechsstündigen Kurzbesuch in Deutschland eingetroffen. Aus Frag kommend landete Bush auf dem US-Militärflughafen Ramstein in der Pfalz. Der Präsident wird im Laufe des Tages zu einem zweistündigen Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl in dessen Privathaus in Ludwigshafen-Oggersheim zusammentreffen.

SARAJEWO. In der Jugoslawischen Republik Bosnien-Herzegowina haben am Sonntagmorgen die Wahllokale geöffnet. Fast drei Millionen Stimmberechtigte sind aufgerufen, unter 1 551 Kandidaten 240 Abgeordnete für das zwei-Kammern-Parlament und in siebenköpfiges Präsidium zu wählen. Von den 40 in der Republik registrierten Parteien sind 18 zur Wahl angetreten.

Schultüren bleiben immer häufiger geschlossen

Die Lage beginnt dramatisch zu werden. Immer häufiger bleiben in diesen Wochen die Schulen der französischsprachigen Gemeinschaft Belgiens geschlossen. Eltern bringen ihre Kinder bereits zu Großeltern oder anderen Verwandten nach Flandern oder in den deutschsprachigen Osten des Landes — aus Furcht vor den Folgen weiteren Unterrichtsausfalls. Berufstätige Mütter wissen nicht mehr wohin mit ihren Jüngsten, denn die Kindergärten sind den kommunalen Schulen angegliedert und ebenso betroffen.

Der mit einzelnen Demonstrationen im Frühjahr begonnene Lehrerprotest hat sich inzwischen zu massiven Streiks ausgeweitet. Die Lehrer der französischsprachigen Gemeinschaft sind entschlossen, die Aktionen bis zur Durchsetzung ihrer Forderungen weiterzuführen. Zur Seite stehen ihnen dabei ihre Gewerkschaftsverbände und, trotz familiärer Sorgen, die Elternvereinigungen. Zu groß ist die Verbitterung über die materielle und finanzielle Situation im Bildungsbereich geworden. Bei kräftig gestiegenen Lebenshaltungskosten verdient ein Grundschullehrer heute knapp 2 000 DM im Monat. Es fehlt an Unterrichtsmitteln und Schulbüchern, die Gebäude sind zum Teil in einem miserablen Zustand.

Nicht selten muß ein Lehrer an die 40 Kinder unterrichten, weil freigewordene Planstellen unbesetzt bleiben. Bildung ist an den kommunalen Schulen Belgiens kostenlos. Ein dichtes Netz von Kindertagesstätten ermöglicht den Vorschulunterricht für die drei — bis sechsjährigen Kinder. Aber der seit Jahren unter Geldmangel leidende Bildungssektor ist mit der fortschreitenden Föderalisierung des Staates weiter in den Keller gerutscht. Seit gut einem Jahr unterstehen Kultur und Ausbildung nicht mehr dem belgischen Zentralstaat, sondern der französischen, der flämischen und der deutschen Gemeinschaft. Und deren Kassen geben keine zusätzlichen Mittel ohne Reduzierung der Anzahl der Lehrer her. Bereits 77 Prozent des Budgets fließe in das Schulwesen, klagt der zuständige Minister Jean Pierre Grafe. Da sich die Situation in Flandern und Ostbelgien ähnlich prekär darstellt, dürfte es nur noch eine Frage der Zeit sein, wann auch dort die Lehrer auf die Straße gehen.

Fotokaleidoskop

Was meinen Sie, warum wohl die Augen dieser ungewöhnlich jugendlich aussehenden „Alterchen" soviel Freude ausstrahlen? Sie sind ja Wettbewerbssieger, und nach näherem Bekanntwerden mit dem „Guinness-Rekordbuch" erscheint dieser Wettbewerb schon nicht mehr so ungewöhnlich. In der Stadt Hefen (BRD) fand eine Weltmeisterschaft der Besitzer... von Voll- und Schnurrbärten statt, auf der sich über 100 Männer um die Ehrung für diese „besonderen Verdienste" bewarben. Der Deutsche Bernhard Sänger (links) und der Italiener Pietro Arcadio trugen in zwei von neun (!) Kategorien der Männerschönheit den Preis davon.
Foto: DPA—TASS

Zu dieser Aufnahme kann mancher sagen, daß der Ruhm der Kaskadeure den Verkehrspolizisten von München keine Ruhe läßt. Zwölf von ihnen demonstrierten den Journalisten „tödliche" Tricks. Vom Standpunkt der Reklame der Hüter der Verkehrsvorschriften aus ist dies die beste Art und Weise, ihren Geist und ihre technischen Möglichkeiten zu demonstrieren.

Die Wissenschaftler der Mongolei betreiben Forschungen und bringen Publikationen über Fragen des kulturhistorischen Erbes und erörtern Probleme, die mit dem Wiederaufleben der nationalen Traditionen und der Schrift sowie mit der traditionellen tibetanischen Medizin verbunden sind.

Unser Bild: Dieser Stein mit dem Text in altmongolischen Schriftzeichen befindet sich in der Gegend, wo Tschingies-Chan geboren wurde (heute Aimak Chentii).
Fotos: TASS

Die Schaffung von perspektivischen Hybridensorten der landwirtschaftlichen Pflanzen ist eine der führenden Richtungen in der Arbeit des Forschungsinstituts in der Stadt Bognice, CSFR. Die Institutsmitarbeiter haben Obst- und Beerensorten gezüchtet, die resistent gegenüber den Umwelteinflüssen sind. Als ein Erfolg der tschechoslowakischen Wissenschaftler kann übrigens die Stachelbeerensorte „Othello" gelten.

Unser Bild: Helena Pikulikova, Mitarbeiterin des Laboratoriums des landwirtschaftlichen Forschungsinstituts in Bognice, prüft die jungen Stachelbeerpflanzen der Sorte „Othello".

Foto: TASS

Operationen gegen Terroristen

Angehörige der örtlichen Organe der Staatssicherheit stellten am Sonnabend in der afghanischen Hauptstadt über drei Kilo Sprengstoff sicher, teilt die Agentur Bakhtar mit. Der Sprengstoff war von Aktivisten der „Islamischen Partei Afghanistans" für Terrorakte nach Kabul geschafft worden.

In den vergangenen 24 Stunden wurde die Provinz Kabul von Milizeinheiten durchkämmt. Bei den Kampfhandlungen wurden Infanterieminen, Artilleriegeschosse, Munition für Granatwerfer und eine Boden-Boden-Rakete erbeutet.

In den Provinzen Loghar, Qandahar, Ghor und einigen anderen führten Einheiten der regulären Armee Schläge gegen Stützpunkte der Extremistenformationen. Der Gegner erlitt Verluste an Menschen und Kriegstechnik. Dutzende Aktivisten wurden getötet bzw. verwundet. Bezeichnend ist, daß unter den Toten zwei saudische Söldner und ein pakistanischer Militärangehöriger waren.

Vor kurzen stellten Bakhtar zufolge in der Provinz Ghor 360 Extremisten den bewaffneten Widerstand ein und schlossen sich dem Prozeß der nationalen Aussöhnung an. Sie erklärten sich bereit, mit der Waffe in der Hand in ihren Wohnorten Frieden und Sicherheit ihrer Landsleute zu gewährleisten.

Museumbesuch im Geschwindschritt

Im dominierenden Schatten des Prado fällt es allen anderen Madrider Museen schwer, die oft verdiente Beachtung zu finden. Ein in der Größe mit der weltberühmten Bildergalerie nicht vergleichbares Museum hat es trotzdem geschafft: Das königliche Kloster „Las Descalzas", direkt im turbulenten Altstadtzentrum gelegen. 1987 wurde es zum „europäischen Museum des Jahres" gekürt und gewann damit gegen 56 Konkurrenten aus 17 anderen Staaten Europas. Für alle Kulturhungrigen, die Spaniens Hauptstadt beehren, sind die „Descalzas" spätestens seit diesem Datum ein Muß.

Das über 400 Jahre alte, architektonisch vollkommene Kloster ist nicht nur Heimstatt von unschätzbar wertvollen Kunstwerken, sondern auch von 29 Franziskanernonnen, die hier, für die Besuchergruppen unsichtbar, ihren religiösen Pflichten nachgehen. Außerhalb der Besichtigungszeiten kümmern sie sich außerdem um den Garten im Innenhof und die Pflege aller Räumlichkeiten, deren penible Sauberkeit jedem sofort ins Auge fällt.

Den 30 000 Besuchern, die jährlich ins Descalzas-Kloster kommen, präsentiert sich eines der wenigen noch existierenden „bewohnten Museen" und ein schönes Beispiel für funktionierende Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche. Überall trifft man auf die Spuren, die die Nonnen im Laufe von 400 Jahren hinterlassen haben. In zahlreichen Vitrinen werden kostbare Reliquien aufbewahrt, Kapellen wurden liebevoll ausgeschmückt, aber vor allem hegte und pflegte man den wertvollsten Besitz des Klosters, die Bilder von Meistern wie Tizian, Brüghel, Al Greco, Zurbaran, Caravaggio, Rubens, Lucas Jordan und Coello, die meisten von ihnen mit religiösen Motiven.

Auch eine Fülle von Porträts ist zu bewundern. „Las Descalzas" wird heute noch „Prinzessinnenkloster" genannt, es diente früher als Aufenthaltsort oder manchmal als Versteck für Königstöchter und Königinnen, aber auch als Ort, wohin man so manche Blaublütige abschob, wenn sie zur Bedrohung oder Last für die Regierenden wurde: Die illegitimen Töchter der Herrscher verbrachten ebenfalls nicht selten viele Jahre ihres Lebens hinter den Mauern von Descalzas. Der Besuch im Prinzessinnenkloster — es entstand, als Philipp II. im 16. Jahrhundert die mittelalterliche Provinzstadt zur Metropole machte — vermittelt nicht nur Kunstgenüsse, sondern auch Kenntnisse über Spaniens Geschichte, vor allem die seiner Königshäuser. Allerdings braucht man viel Konzentrationsvermögen, denn durch die Räume des Museums wird man nicht geleitet, sondern getrieben. Bei dem Geschwindschrittmarsch bleibt leider so manches auf der Strecke, doch Verweilen wird nicht gern gesehen. Der Zeitplan wird genau eingehalten und in puncto Strenge der hinter jeder Besuchergruppe hertrabenden Wächter ist „Descalzas" einsame Spitze. Dabei würde man gern länger vor vielen Porträts stehen bleiben, sich in die Gesichtszüge der zu lebenslanger Einsamkeit verdammten, von Meisterhand verewigten Prinzessinnen vertiefen. Doch Zeit zur Besinnung gab's nicht einmal vor einem Gemälde, das in diesem Jahr drei Sommermonate lang aus dem Prado zu einer Gastspielrolle ins Kloster entlassen worden war. Für Fra Angelicos „Verkündigung", vor einem Jahrhundert auf königliche Anordnung den Descalzas weggenommen und der Bildergalerie übereignet, mußte ebenso wie für die anderen Herrlichkeiten ein flüchtiger Augenblick genügen...

Die Auswahl „Panorama" wurde aus den Materialien der TASS und ADN vorbereitet.

Gedanken nach dem Festival

Wähernd des 2. Festivals der deutschen Kultur und Kunst haben die Zuschauer sowie die Veranstalter alles gesehen, was unser Volk an Kunst und Kultur noch besitzt. Um das Erlebte gedanklich zu verarbeiten, braucht man viel Zeit. Die Folkloristen und Fachleute im Bereich der Volkskunst hatte das vergangene Festival zu tiefgreifenden Forschungen anregen können. Aber ich bezweifle, daß es solche Leute in den Zuschauerräumen gab. Wer ist schon daran interessiert, dergleichen Forschungen zu treiben? Vielleicht muß dazu eine Anordnung oder eine „Erlaubnis" von „oben" kommen? Ich bin der Ansicht: Außer uns selbst wird niemand eine Forschungsarbeit im Bereich der Volkskunst der UdSSR-Deutschen vornehmen wollen und können. Nehme es man mir nicht übel, aber ich glaube, daß ähnliche Aufgaben zum Aufgabenkreis der deutschen Kulturzentren gehören.

Wie bekannt, mangelt es uns immer noch an Liederbüchern und Fachliteratur. Leider müssen wir zugeben: Seit dem ersten Festival hat sich in diesem Bereich nichts geändert. Hätte man im Rahmen der Vorbereitung des 2. Unionsfestivals nicht eine Heftereihe mit Liedern (Texten und Noten), Tänzen und Volkstrachten herausgeben können? Nach wie vor bitten die Leiter der Kollektive das Deutsche Theater um Hilfe, nicht aber die deutschen Kulturzentren! Das Theater kann aber diesbezüglich nur wenig tun. Bei gutem Willen könnten die deutschen Kulturzentren in dieser Richtung viel mehr leisten. Meines Erachtens fehlt es ihnen noch an Unternehmungslust. Dabei könnte man auf diese Weise auch die materielle Basis unserer Kulturzentren festigen.

Leider beschränken sich die Anstrengungen so manchen Kulturzentren vorwiegend nur auf die Ausfüllung von Ausreiseanträgen. Ich möchte nicht falsch verstanden werden und gebe zu: Auch den ausreisenden Landsleuten muß geholfen werden. Dennoch glaube ich, daß die Hauptaufgabe unserer Kulturzentren vor allem darin besteht, für die Hierbleibenden zu sorgen.

Vieles auf diesem Festival war nicht richtig durchdacht. Meine Kollegen und ich sind den Teilnehmern des Festes dankbar, denn ohne ihre Ausdauer hätten wir es nicht geschafft. Hatten aber wir, ich meine das Theater, die Zeitung „Freundschaft", die Gesellschaft „Wiedergeburt", das Deutsche Kulturzentrum Alma-Ata, alles getan, um ein wahres Fest zu organisieren? Nein! Unsere Aufgabe, genauer unsere Pflicht, bestand vor allem darin, Kollektiven, die zum Festival ein Programm eingeübt hatten, die Möglichkeit zu geben, sich zu präsentieren. Und es war nicht die Schuld der Teilnehmer, daß lediglich vier Konzerte eingeplant wurden. Es ist unsere Schuld, daß wir es nicht besser durchdenken und organisieren konnten.

Recht hat Robert Unterwalden, der in seinem Beitrag „Mit Freuden und Schmerz" („Freundschaft" Nr. 210) darauf hinweist, daß ein Abschlußkonzert die besten Darbietungen hätte einschließen müssen. So war es auch gedacht gewesen. Aber dieser Plan scheiterte schon am Eröffnungstag daran, daß die Vorstellung aus uns unbekannten Gründen unterbrochen wurde.

Eben darum waren wir gezwungen, auf ein echtes Abschlußkonzert zu verzichten, denn wir hatten kein Recht, unseren Veteranen, zum Beispiel aus Krasnoturjinsk oder Kamyschin, und vielen anderen, die bis 5 000 Kilometer zurücklegten, auch nur einen Auftritt zu verweigern und nur den Besten die Bühne zur Verfügung zu stellen. Die Kunst vieler Kollektive (und auch der „Enthusiasten") war hoch. Auf solche Gruppen können wir stolz sein. Man muß bloß aktiver unterstützen, ihr Schaffen besser propagieren. Das jüdische Kulturzentrum z. B. veranstaltet Konzerte von Kulturschaffenden und warum könnte das nicht das Deutsche Kulturzentrum Alma-Ata tun?

Das Theater allein kann den Durst unserer Zuschauer nicht stillen. Könnten hier nicht die Kulturzentren unseren Laienkunstkollektiven die nötige Hilfe leisten? Mir scheint, das Deutsche Kulturzentrum Alma-Ata könnte Gastspielreisen für sie organisieren sowie auch Leiter für solche Kollektive auszubilden versuchen. Das Fernsehen sollte Programme über und mit unseren Kollektiven ausstrahlen, der Rundfunk inhaltsreiche Sendungen bringen. Und wir müssen uns schon heute überlegen, wie und wo wir das dritte Festival durchführen werden. Eines, denke ich, ist schon heute klar: Es soll nicht in Alma-Ata stattfinden, sondern irgendwo in Sibirien, sagen wir mal in Omsk, Nowosibirsk oder Barnaul...

Das wären so meine Überlegungen, die mit den Meinungen anderer vielleicht nicht übereinstimmen. Ich wünsche nur, man solle weniger klagen und mehr tun, wenigstens so viel, wie es von uns selbst abhängt.

Peter WARKENTIN,
Schauspieler des Deutschen Theaters.

Das Honorar für diesen Beitrag bittet der Autor auf das Konto des Deutschen Kulturzentrums Alma-Ata zu überweisen.

In Irkutsk ist ein „Klub der Geschäftsleute" gegründet worden. Das ist die zweite Einrichtung dieser Art in unserem Land; die erste ist in Moskau entstanden.

Zu den Festlichkeiten anläßlich dieses Ereignisses waren in der Angara-Stadt Vertreter von Klubs der Geschäftsleute aus den USA eingetroffen. Sie überreichten den Sibiriern eine Charte der Internationalen Assoziation der Klubs der Geschäftsleute „Rotary International" — der internationalen Gemeinschaft der Geschäftsleute.

Unser Bild: Die amerikanischen und Irkutsker Geschäftsleute während des Besuchs der alten Baikaler Ringeisenbahn. Foto: TASS

Seine Bilder strahlen Licht aus

Im Foyer des Festivals

Das bunte und inhaltsreiche Festival der deutschen Kunst und Kultur in Alma-Ata ist verklungen, jedoch die zahlreichen Treffen mit Laienkünstlern aus allen Ecken und Enden unseres großen Landes, die wunderschönen klangvollen deutschen Lieder und temperamentvollen Volkstänze werden vielen Gästen des Festivals wohl für immer in Erinnerung bleiben.

Bis spät in die Nacht hinein dauerten auf den besten Bühnen der Hauptstadt Kasachstans die Darbietungen der Volkskünstler. Selbstverständlich galt ihnen die größte Aufmerksamkeit der Zuschauer und Gäste. Auch die Journalisten und Bildreporter richteten ihre Blicke und Kameras auf die Bühne, wo die Seele des Volkes selbst zum Ausdruck kam. Erst in den Pausen kam man etwas zu sich und sah sich ein wenig um.

Und da gerieten alle in eine neue Welt des Schönen — in die Welt der Kunst der zahlreichen deutschen Handwerker und Maler. Da hatten die Mitglieder des Kulturzentrums Arkalyk ihre Volkskunstwerke ausgestellt. Wunderschöne, zierliche Häckeleien, gestrickte, ausgestickte, gewebte und genähte Handarbeiten, Teppiche, Bettzeug, Tücher bezauberten alle durch ihre Einmaligkeit und feine Ausführung.

Und wie glücklich waren unsere deutschen Maler über die großartige Möglichkeit, so vielen Leuten auf einmal ihre Werke zeigen zu können! Vor ihren Expositionen drängten sich immer viele Zuschauer. Und es lohnte sich wirklich! Die Graphiken von Robert Leinonen aus Leningrad faszinierten alle durch ihre Originalität. Dabei fertigt er seine Bilder mit einfachen Farbkugelschreibern. Aber welche Präzision der Linienführung, was für eine strahlende Farbenpalette!

Auf viele Fragen der Gäste hatte die talentierte Malerin Emma Lutzow aus Engels zu antworten. Alle wollten sich mit ihr bekanntmachen, sie über ihre wunderschönen Bilder ausfragen. Ihre Gemälde in Öl waren so ansprechend, strahlten so viel Wärme aus, daß man einfach nicht vorübergehen konnte, ohne für längere Zeit anzuhalten und deren Schönheit zu bewundern. Es kam auch nicht ohne unangenehme Zwischenfälle aus. Nachdem sich die Gäste und Zuschauer zum dritten Festivalabend im Abai-Theater versammelt hatten, fehlten in der Exposition der Malerin Emma Lutzow zwei ihrer besten Bilder. Sie wurden einfach geklaut. Die Malerin war empört, trauerte aber nicht lange. „Eigentlich ist das ja Anerkennung meiner Kunst. Also gefallen meine Werke doch jemandem", scherzte sie.

Vielleicht war das gewissermaßen wirklich ein Trost für die Malerin aus Engels, jedoch der Diebstahl hat die Festivalstimmung doch etwas verdorben.

Was aber die Qualität der ausgestellten Werke angeht, so läßt es sich ja über den Geschmack nicht streiten. Mir gefielen zum Beispiel nicht weniger die Ölgemälde von Alexander Wormsbecher aus Alexandrowka, Gebiet Omsk. Wunderbare Stilleben, farbenprächtige Naturbilder nahmen mich ganz gefangen. Sein Bild „Blick aus dem Fenster auf das Dorf am Abend" versetzte mich sofort in meine sibirische Kindheit. Tiefer, weißer, welcher Schnee, kleine russische, mit Rundstangen eingezäunte Dorfhäuser weckten in mir verschiedene Erinnerungen. Unwillkürlich entstand in mir der Wunsch, den Autor etwas näher kennenzulernen. Das Foyer kurz vor dem Konzert war zwar nicht der beste Platz zu einer Unterhaltung — hier und da standen Laienkunstgruppen in bunten Trachten, sangen Lieder, tanzten, versammelten um sich lustige Menschenscharen. Ich trat mit Alexander Wormsbecher näher zu seinen Bildern, und er erzählte mir kurz über sich, über seine langjährige und treue Liebe zur Malerei auch über sein leidenvolles Leben. Er stammt aus Marxstadt an der Wolga, wo er 1914 zur Welt kam. Von klein auf galt seine Liebe dem Zeichnen, Malen und der Musik. Wer weiß, wie sich sein Leben weiter gestaltet hätte, wenn nicht der verfluchte Krieg und die darauffolgende Aussiedlung aus der Heimat in die

Siedlung Alexandrowka im Gebiet Omsk gekommen wären. Dann gab es die schrecklichen Jahre der Arbeitsarmee in Iwdel, wo der begabte junge Künstler für lange Jahre hinter Stacheldraht gesteckt wurde und im Taigawald Holz fällen mußte. Erst 1946 konnte er, völlig erschöpft und entkräftet, wieder nach Alexandrowka zurückkehren. Wieviel wunderschöne Werke hätte der junge Alexander in diesen Jahren schaffen können. Aber es war Krieg, und jeder Sowjetbürger mußte sein Scherflein zum Sieg beitragen, Alexander trägt seine Beteiligung an der schweren Arbeit für die Front niemandem nach. Nicht das war das Schlimmste. Im Gegenteil, die deutschen Arbeitsfrontler sahen die Wichtigkeit ihrer Tätigkeit ein und waren stolz auf ihre eigene Selbstlosigkeit. Nur die vielen Erniedrigungen und Demütigungen können die schuldlosen, der Heimat ergebenen Leute, unter denen es viele Kommunisten, Lehrer, Künstler, Soldaten und Offiziere gab, nicht vergessen und verzeihen...

Aber auch die unmenschlichsten Verhältnisse und Leiden konnten bei Alexander den schöpferischen Geist und die Liebe zum Schönen nicht löschen. Sofort nach seiner Rückkehr in sein Aussiedlungsdorf Alexandrowka wurde er Schullehrer, unterrichtete Zeichen und Malen, gründete Malerzirkel, organisierte ein Orchester der Streichinstrumente.

Die Kinder sollten ja in diesem Schrecken von Hunger und Not auch etwas Schönes erleben. Diesem Kredo folgte der Künstler sein ganzes Leben lang.

Die in Alma-Ata ausgestellten Werke von Alexander Wormsbecher verrieten seine heiße Liebe zur Natur. Ob dies das einzige Thema seines Schaffens sei, wollte ich wissen.

„Ja, die Naturbilder und Stilleben sind mein Element", gestand mein Gesprächspartner. „Ich habe aber auch andere Bilder in meiner zahlreichen Sammlung. Einige sind dem schweren Schicksal meines leidgeprüften Volkes gewidmet, so das Triptychon ‚Schicksale'. Auf dem ersten Teil ist eine Familie deutscher Ersteinwanderer an der Wolga abgebildet. Vater, Mutter und zwei Kinder stehen am Wolgaufer, neben ihnen eine Wiege, ein Kessel, arme Bauernhabe. Statt der versprochenen Häuser — nur einige wenige Pfähle. So hatten unsere Vorfahren 1764 dort an der Wolga angefangen. Das zweite Bild zeigt unsere unmenschliche Aussiedlung. Unendlicher Menschenzug — Frauen, Greise, Kinder zu Fuß und auf Fuhren verlassen in Trauer ihre liebe Heimat. Und das dritte Bild widerspiegelt den heutigen Zustand meines Volkes. Junge Leute, Kinder, also unsere Nachkommen, stehen auf verwelktem Gras vor einer dichten, undurchsichtigen Nebelwand. Verzweiflung auf ihren Gesichtern, und in den Augen die Frage: Wohin? Ja, diese ewige Frage: Was weiter? Die spürte man auch in der ganzen Atmosphäre des Festivals. Ich stellte sie auch meinem erfahrenen Gesprächspartner. „Daß unser Volk noch tiefe Wurzeln und hohes Potenzial für die weitere erfolgreiche Existenz hier in der UdSSR hat, das ist eindeutig. Auch dieses wunderschöne Festival ist ein Beweis dafür. Aber man muß dem Volk auch die Möglichkeit geben, damit es sich entwickeln kann. Und das fehlt gerade. Vor allem muß endlich die Gerechtigkeit siegen und die Autonomie an der Wolga wiederhergestellt werden. Dann wird das Volk schon selbst entscheiden, wie es seine Zukunft aufbauen wird." Leider sah ich in den Augen des alten Künstlers, als er das sagte, keinen Optimismus.

Alexander DIETE,
Korrespondent der „Freundschaft"

Im Bild: Alexander Wormsbecher, vor der Exposition seiner Bilder im Foyer des Abai-Theaters während des Festivals der deutschen Kultur und Kunst in Alma-Ata.

Foto: Juri Weidmann

„Richard Wagner und die russische Kultur"

So heißt das Buch von A. Gosenpud, das in der Leningrader Abteilung des Verlags „Sowjetski Kompositor" erschienen ist.

Richard Wagner (1813—1883) gehörte bekanntlich zu den berühmten Komponisten des 19. Jahrhunderts, die nicht nur bedeutende humanistische Kunstwerke schufen, sondern sich auch in ihren Schriften und im Handeln für eine Verbesserung des Kunstlebens und der Gesellschaft einsetzten.

Er wurde in Leipzig geboren und lernte schon früh durch seinen Stiefvater, den Schauspieler und Lustspieldichter Geyer, das Theaterleben kennen. Die Dramen von Shakespeare und Goethe hinterließen bei ihm einen großen Eindruck, und er schrieb selbst umfangreiche Stücke, in denen am Schluß alle handelnden Personen tot waren.

1833 begann Wagners unruhevolles und entbehrungsreiches Wanderleben, das zehn Jahre lang dauerte. Er war in Würzburg, Magdeburg, Königsberg und Riga als Kapellmeister tätig. 1839 reiste er nach Paris, in der Hoffnung, dort seine Opern „Rienzi" und „Der fliegende Holländer" uraufführen zu können. Als Dresdener Hofkapellmeister setzte er sich für die bedeutendsten Werke von Christoph Willibald Gluck, Ludwig von Beethoven und Carl Maria von Weber ein, die damals noch nicht die Spielpläne der Theater und Konzerte bestimmten.

Richard Wagner komponierte mehrere Opern, die ihn weltberühmt machten: „Rienzi", „Der fliegende Holländer", „Tannhäuser", „Lohengrin", „Der Ring des Nibelungen", „Die Meistersinger von Nürnberg", „Tristan und Isolde", „Pazifal".

Wagners Denken wurde entscheidend von den bürgerlich-demokratischen Ideen der Revolution von 1848 geprägt. Wurden diese später teilweise auch von pessimistischen und weltverneinenden philosophischen Gedanken überschattet, so blieb in seinen wichtigen Werken die ursprüngliche Einstellung dennoch erhalten. Die meisten seiner Musikdramen beruhen auf deutschen Sagen, zum Beispiel auf dem Nibelungenlied, auf der Tristan- und der Tannhäusersage. Diese Aufnahme alter literarischer Stoffe war im 19. Jahrhundert nichts Außergewöhnliches. Neu war aber, daß Wagner in diese Themen Konflikte und Probleme seiner Zeit einfließen ließ. Neu und für viele Zeitgenossen unerhört war auch die Musik Wagners. Er erfand harmonische Wendungen, die noch kein Komponist verwendet hatte, und setzte konsequent das Leitmotiv ein.

Die Einstellung zu den ästhetischen Konzeption Richard Wagners und seinem Schaffen war in Rußland nicht immer eindeutig. An den Diskussionen über den Autor des „Ringes des Nibelungen" beteiligten sich hervorragende Vertreter der russischen Kultur — W. Odoewski, A. Herzen, A. Grigorjew, P. Tschaikowski, W. Stassow, M. Musorgski, N. Rimski-Korsakow, A. Glasunow, A. Rubinstein, Z. Küi und viele andere Musiker, Schriftsteller, Maler, Schauspieler. Den Nachhall dieser Diskussionen schildert die neue Arbeit von A. Gosenpud, der darin viele, bis jetzt unbekannte Materialien über den großen deutschen Meister auswertet.

Diese Ausgabe wird für diejenigen, die an den gegenseitigen Beziehungen der deutschen und russischen Kultur interessiert sind, von großem Aufschluß sein.

Tatjana ANDREJEWA

Moskau

Programmvorschau des Deutschen Radios Alma-Ata

Gleich nach der Programmvorschau am Dienstag folgt ein Bericht aus dem Gebiet Karaganda, wo kürzlich die Getreidebergung abgeschlossen wurde, also, etwas später als üblich. Am Beispiel des Sowchos „Wilhelm Pieck" erfahren wir über den Verlauf der diesjährigen Ernteeinbringung.

Danach geht es in die kleine Stadt Aktas, ebenfalls bei Karaganda. Wir machen uns dort mit der Deutschlehrerin Maria Rabeck bekannt. Über ihre reichen Erfahrungen und Erfolge im Deutschunterricht erzählt Peter Schmidt.

Zum Schluß der Dienstagsendung bringen wir noch die Vorschau der Zeitung „Freundschaft" für diese Woche.

Unsere Abendsendung am Mittwoch fällt leider auch diesmal aus, und zwar wegen der Reportage über die Sitzung des Obersten Sowjets Kasachstans.

Am Donnerstag aber treffen wir uns zur üblichen Zeit am Tage um 14 Uhr. Ein musikalisches Unterhaltungsprogramm steht Ihnen zur Verfügung. „Melodien und Lieder aus Deutschland" heißt dieses Programm, präsentiert von unseren Kollegen von der Deutschen Welle.

Die Freitagssendung beginnt mit einem Bericht aus Karaganda: In dieser Stadt fand ein Treffen von Mitgliedern der Gesellschaft „Wiedergeburt" mit einer Reisegruppe aus Deutschland. Dabei wurden Fragen behandelt, die mit der Auswanderung der Sowjetdeutschen verbunden sind.

Außerdem hören Sie eine historische Skizze über Professor Karl Lindemann, einen Helfer und Freund der deutschen Kolonisten in Rußland, einen furchtlosen Kämpfer für Recht und Gerechtigkeit.

Am Samstag um 16 Uhr sind Sie, liebe Zuhörer, wie immer herzlich zum traditionellen Wunschkonzert eingeladen. Die Hochzeitsgefeierten und Geburtstagskinder dieser Woche werden mit gewünschten Liedern und Melodien begrüßt.

Viel Spaß beim Zuhören!

Harry WEDEL

Chefredakteur
Konstantin EHRLICH

Ein Klub ungewöhnlicher Rekorde

Ein Klub ungewöhnlicher Rekorde ist kürzlich in Moskau gegründet worden. Wie dessen Präsident Fjodor Gogolew, ehemaliger Reporter der Zeitung „Sowjetski Sport", sagte, zählt der Klub inzwischen rund 30 Mitglieder. Nach Aufnahmebedingungen gefragt, sagte er: „Wenn sie Klimmzüge an einem Arm oder unzählige Male Kniebeugen machen, oder mit den Zehnen an einem Stahlseil ein Fünf-Tonnen-LKW ziehen können, sind sie im Klub ungewöhnlicher Rekorde willkommen."

Nach seinen Worten hatte der Klub bereits in Moskau eine Superman-Show veranstaltet. Dabei habe beispielsweise der 51-jährige Georgier Dshumber Leshawa, der vor zwei Jahren eine schwere Krebsoperation überstanden hat, innerhalb von zwölf Stunden 35 000 Liegestütze gemacht. Der russische Kraftakrobat Iwan Schutow habe in wenigen Minuten 18 Figuren aus 200-Millimeter-Nägeln geknüpft. Im Rahmen der Show seien 14 Rekorde aufgestellt worden, die ins Guinnes-Buch eingegangen sind.

(TASS)

Eine Aufführung der Tragödie „Kabale und Liebe" von Schiller besorgte der Volkskünstler der Georgischen SSR Temur Tschcheidse, Chefregisseur des Mardshanischwili-Theaters in Tbilissi, im Leningrader Akademischen Großen Schauspieltheater „Maxim Gorki". In den Hauptrollen wirken die Filmstars und Volkskünstler der UdSSR Kirill Lawrow und Alice Freundlich, die Verdienten Künstler der RSFSR Andrej Tolubejew und Leonid Newedomski, der Volkskünstler der UdSSR Valeri Iwtschenko mit. Erfolgreich haben sich in das Künstlerensemble die jungen Kräfte Jelena Popowa und Michail Morosow eingefügt.

Die neue Arbeit des Großen Schauspielhauses „Maxim Gorki" erweist sich als sehr aktuell. Die überdurchschnittliche inhaltsvolle Aufführung spricht von den ewig menschlichen Werten: vor Liebe, Edelmut, Opferbereitschaft, Ehre, die heute eines Schutzes und einer Rehabilitierung bedürfen.

Unser Bild: Nach der Premier wird Alice Freundlich, die Darstellerin der Lady Milford, von ihrem Vater, dem Volkskünstler der UdSSR Bruno Freundlich, beglückwünscht.

Foto: TASS

Orgelmusik erklingt

Ein erstes internationales Festival der Orgelmusik hat in Kaliningrad stattgefunden. Trotz der Tatsache, daß die Stadt für die Ausländer vorerst als gesperrt gilt, konnten Musiker aus Deutschland und Großbritannien am Musikmarathon teilnehmen.

Die Konzerte verliefen in ausverkauften Häusern und wurden von insgesamt mehr als 5 000 Zuschauern besucht. Einige Konzertveranstaltungen des Festivals fanden in Moskau und Leningrad statt.

(TASS)

Bekanntmachung!

Das Ukrainische Institut für Ölkulturen plant, in den Jahren 1991 bis 1996 ein neues Dorf für 1 000 Einwohner zu errichten. Sie sollen die landwirtschaftliche und Hilfsproduktion bestreiten, darunter beim Anbau von Sonnenblumenkörnern, in der Fabrik für Samenreinigung und -kalibrierung (mit Ausrüstungen aus der BRD), in der Milchfarm, im Obstgarten und in der neuen Ziegelei beschäftigt sein. Das Dorf soll neben einem hier vor dem Krieg bestandenen deutschen Dorf, 15 Kilometer von der Stadt Saporoshje entfernt, gegründet werden. Das Institut wünscht, die Einwohner des neuen Dorfes mögen ebenfalls Sowjetdeutsche sein.

In den Jahren 1991 bis 1992 können wir ausschließlich Familien von Bauarbeitern und Mechanisatoren und später auch Vertreter anderer Berufe aufnehmen. Das Institut stellt die notwendigen Baumaterialien zum selbständigen Bau von Wohnhäusern nach gewünschtem Entwurf bereit, beabsichtigt, dazu 20 000 Rubel Bankkredite je Familie zu erhalten und gewähren zu können und mit Einverständnis des Arbeitsrates des Kollektivs und der Gewerkschaft des Instituts einen Teil der Baukosten (40 bis 50 Prozent) zu tragen, wenn die Neuansiedler im Agrarbetrieb des Instituts eine längere Zeit gearbeitet haben.

Im neuen Dorf gibt es einen Kindergarten; eine Schule ist im Bau begriffen; Wasser- und Gasleitung werden verlegt. Anträge sind an folgende Adresse zu richten:

380089 г. Запорожье,
ул. Шушенская 65,
Никитчин Дмитрий Иванович

Unsere Anschrift:

Казахская ССР,
480044, Алма-Ата
ул. М. Горького, 50
4-й этаж

Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69; stellvertretende Chefredakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77; Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Ideologische Massenarbeit — 33-38-69, 33-38-04; Ökonomik — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; Volksbildung — 33-37-62; Kultur — 33-43-84; Leserbriefe — 33-48-29, 33-33-96; 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84.
Unsere Korrespondentenbüros; Dshambul — 5-19-02; Kustanai — 5-34-40; Petropawlowsk — 6-53-62; Zelinograd — 2-04-49.

«ФРОЙНДШАФТ»
Газета ЦК Компартии Казахстана
ИНДЕКС 654143

Выходит 250 раз в году

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана
480044, пр. Ленина, 2/4

Объем 2 печатных листа офсетным способом

Газета отпечатана

М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Заказ 11994.